







I 3024





DER  
„NEUE GRENZZOLL“ IN SCHLESILIEN,  
SEINE BEGRÜNDUNG UND ENTWICKLUNG  
1556—1624.

---

INAUGURAL-DISSERTATION

ZUR  
ERLANGUNG DER DOCTORWÜRDE  
VON DER  
PHILOSOPHISCHEN FACULTÄT  
DER  
FRIEDRICHS WILHELMS-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

GENEHMIGT  
UND  
NEBST DEN BEIGEFÜGTEN THESEN ÖFFENTLICH ZU VERTHEIDIGEN  
AM 26. OCTOBER 1892

VON  
ARTHUR KERN  
AUS QUANZENDORF IN SCHLESILIEN.

OPPONENTEN:

HERR GUSTAV SAAR, STUD. HIST.  
HERR ALFRED ZUR NIEDEN, DR. JUR. KAMMERGERICHTSREFERENDAR.  
HERR WILHELM NAUDÉ, DR. PHIL.

---

BERLIN 1892.  
W. WEBER.





*1640*



*22.5008*



Meinen Eltern.









## Vorbemerkung.

---

Als König Ferdinand die Herrschaft Schlesiens erlangte, fand er die Regalien des Landes fast alle in den Händen der Fürsten und Stände. Die Abhandlung schildert die Gründung eines neuen Systems königlicher Zölle unter einem für Schlesien ganz neuen Gesichtspunkt, wodurch der König in diesem seinem Lande erst wieder eine königliche Besteuerung des Handelsverkehrs erlangte. Während die Stände zunächst stürmisch ihre Abschaffung verlangten, erlahmt allmählich, etwa zwischen 1570 und 1580, ihre Kraft des Widerstandes, und der Kampf gegen den Grenzzoll verwandelt sich in einen Kampf um den Grenzzoll. Zugleich gehen die Interessen der landwirthschaftlichen und der handeltreibenden Kreise weit auseinander. Ihr Gegensatz verbindet sich mit dem der Staatsgewalt und der Stände. Da letztere ganz und gar im Banne argrarischer Interessen stehen, ist der Handelsstand angewiesen auf die Unterstützung des Kaisers. Die Zeit von 1600 bis 1624 zeigt den hin- und herwogenden Kampf; einem schnellen Sieg der kaufmännischen Tendenzen folgt eine ständische Reaction, bis die siegreiche Monarchie das Ständewesen niederwirft und die Gesetzgebung den Wünschen des Handelstandes entsprechend ändert.

Angeregt zu der Abhandlung wurde ich im staatswissenschaftlichen Seminar des Herrn Prof. Dr. Schmoller. Sie stützt sich bei der Dürftigkeit des gedruckten Materials vorwiegend auf



die Archivalien der beiden Breslauer Archive. Hierbei benutze ich die Gelegenheit den Herrn Geh. Archivrath Prof. Dr. Grünhagen, Archivar Dr. Pfotenhauer und Archiv-Assistent Dr. Wutke vom Königlichen Staatsarchiv, sowie Herrn Stadtbibliothekar Professor Dr. Markgraf meinen Dank für die mannigfache Anregung und Förderung auszusprechen.

---

## I.

Nachdem Schlesien unter seinen Piastischen Herzögen im Verlaufe des 13. Jahrhunderts mit deutschen Städten bedeckt worden war, zeigt das Land auch in wirthschaftlicher Beziehung jene Züge, welche für die wirthschaftliche Gestaltung Deutschlands im Mittelalter charakteristisch sind. In wirthschaftlicher Isolirtheit, eifersüchtig auf ihre Markt- und Niederlagsprivilegien, stehen sich die Städte gegenüber, und nur selten räumen sie durch Verträge einander Zollerleichterungen ein.<sup>1</sup>

Niederlagsprivilegien galten, abgesehen von dem Breslauer, stets nur für einzelne Waaren, so für Waid in Schweidnitz, für Mühlsteine in Freiburg, in Breslau dagegen für alle Kaufmannsgüter. Nur diese eine Stadt hatte durch das Privilegium von 1274 dieses umfassende Recht erlangt.<sup>2</sup>

Im 14. Jahrhundert erfolgte nach und nach der Uebergang Schlesiens in die Hand der Luxemburger. Dadurch kam es in Verbindung mit Böhmen und Mähren, doch war durch die „goldene Bulle“ von 1355 Sorge getragen, dass die selbstständige Stellung Böhmen gegenüber gewahrt blieb.<sup>3</sup> Die schlesischen Fürsten und Stände sollten stets abgesondert von denen der

<sup>1</sup> Tzschoppe u. Stenzel: Urkundenbuch. S. 197.

<sup>2</sup> Das Privileg in Korn, Breslauer Urkundenbuch, S. 43. Es erläutert nicht näher den Begriff der Niederlage. Die Entwicklung ist vielfach dunkel, die Auffassung, deren Schickfuss (I. 180) gedenkt: „Und sollten beide Nationen, (d. h. Deutsche und Polen) ihre Waaren weiter nicht führen, sondern zu Breslau lagern und daselbst kaufen und verkaufen“ — ist wohl erst jünger.

Siehe auch Rauprich: Die Handelspolitik Breslaus beim Ausgange des Mittelalters. — Breslauer Dissertation 1891, — der aber gerade auf diesen Punkt nicht eingeht.

<sup>3</sup> Menzel: in den schlesischen Provinzialblättern. Band 65, S. 522.



andern Erblände berathen. Die aufgeklärten Regenten aus diesem Hause thaten manches, was schon auf eine andere, territoriale Auffassung der Wirthschaftspolitik hindeutet. Als Karl IV. sich 1363 in den Fürstenthümern Jauer und Schweidnitz die Erbfolge zusichern liess, befreite er die Bürger ihrer größern Städte vom Zoll in Breslau, während die Breslauer Kaufleute entsprechende Privilegien in den Städten jener Fürstenthümer erhielten. Aber damit nicht genug — man bemühte sich auch über die Grenzen der Territorien hinaus solche gegenseitigen Vergünstigungen einzuführen. 1359 wurden die Breslauer, wie vorher schon die Schweidnitzer, vom Stapelrecht in Prag befreit, 1377 schliessen Breslau und Prag einen Vertrag, nach dem ihre Kaufleute völlig gleichberechtigt im Verkehr mit Dritten sein sollen.<sup>1</sup>

Die schönen Zeiten Karls IV., der darauf hinarbeitete, Prag und Breslau zu Brennpunkten des Handels zwischen Polen, Italien und der Hansa zu machen, verflogen schnell. Bald folgten die hussitischen Unruhen, und der scharfe Gegensatz, der sich zwischen den katholischen und deutschen Schlesiern und den ketzerischen und tschechischen Böhmen herausbildete, hat für die ersteren zwar zur Bildung einer Art Nationalgefühl, aber auch zu ungeheuren materiellen Schädigungen geführt. Nicht nur die Beziehungen zwischen Breslau und Prag, nein auch die mit Polen waren gestört, die Handelsstraßen umgingen Schlesien, dessen Straßen voller hussitischer Raubgesindels lagen, und suchten neue Bahnen, besonders über Frankfurt und Posen. Zugleich regte sich in dem Polnischen Volke der selbstständige kaufmännische Geist und lehnte

---

<sup>1</sup> Wie viel Werth man auch noch später auf diese Privilegien legte, beweist eine Stelle eines Memorials der Schlesischen Stände von Anfang 1620: „Ferner ist öffentlich und erweislich, dass die Städte und Einwohner Breslauischen und Schweidnitzischen Fürstenthümern wie auch Nymtsch und Haynau von König Johanne anno 1324 und Keyser Carolo IV. im Jahr 1355 und 1359 dahin ausdrücklich also privilegiert und begnadet, dass die Bürger und Einwohner derselben, wann und wo sy durch das Königreich Böheimb und andere Ihrer Kays. Maytt. Städte und sonderlich auch in der Stadt Prag, in welchen man Zoll einnimmt, und sie mit ihren Wahren durchziehen müssen, von allen Zöllen zu ewigen Zeiten befreyt, solche Privilegien auch von allen folgenden confirmirt werden“ etc.

Acta Publica, Jahrgang 1620 ed. Palm. — Grünhagen: Geschichte Schlesiens. I. 200.

sich gegen die Bevormundung auf, in der ihn bis jetzt die deutschen Händler gehalten hatten. Wenn die sich über den Preis ihrer Waaren einigten, um alle Concurrrenz auszuschliessen, so zogen die polnischen Händler es vor, den Breslauer Markt zu meiden und lieber den in Leipzig aufzusuchen. Trotzdem, dass dessen Messen erst im Jahre 1507 die kaiserliche Bestätigung erhielten, drohte es schon vorher die Privilegien des Breslauer Stapels ganz in den Hintergrund zu drängen.<sup>1</sup>

Als nach dem Ausgange der Luxemburger in Böhmen und Ungarn einheimische Gewalten die Herrschaft an sich rissen, da war weder unter den Schlesischen noch unter den benachbarten deutschen Fürsten ein Mann zu finden, der hier in Schlesien hätte die Rolle eines Podiebrad oder Corvinus spielen können. Schlesien wurde der Spielball fremder Einflüsse. Die Abneigung gegen die Hussiten und ihren König Georg verschaffte dem Könige von Ungarn die Herrschaft. Mit ihm beginnt für Schlesien die neuere Zeit. Er setzt einen ewigen Landfrieden ein, zu seiner Wahrung einen obersten Hauptmann, der für alle Interessen des Landes den festen Vereinigungspunkt bilden sollte.<sup>2</sup>

Zur Aufrechthaltung der Ordnung bedurfte Matthias eines kleinen stehenden Heeres, zu dessen Unterhalte der ersten dauernden Steuern. Zugleich war der König bemüht, den Verkehr wieder zu beleben und befahl daher die Unterdrückung der willkürlichen neuen Zölle, eine Mafsregel, die um so ausschliesslicher den Städten zu gute kommen musste, als sie selbst den Durchgangszoll meist schon bei der Gründung von den Herzögen empfangen hatten.<sup>3</sup>

Die hoffnungsvollen Ansätze zur Durchführung einer höhern Einheit in wirthschaftlicher und staatlicher Beziehung kamen unter der kurzen Regierung des Königs nicht zur Entwicklung. Bis zum letzten Augenblick hatten seine Sorgen der wirthschaftlichen Entwicklung Schlesiens gegolten, in seinem Todesjahr 1490 schloss

---

<sup>1</sup> Falke: Geschichte des Deutschen Handels.

<sup>2</sup> Landfriedenseinigungen auf Zeit hatte Schlesien schon vorher mehrfach gesehen, so die der Fürsten und des Klerus von 1387 gegen die Städte, die allgemeine unter königlicher Autorität von 1421. Auch einen obersten Hauptmann des Landfriedens hat es damals gegeben. — Siehe ein Manuscript von Grotefend im Breslauer Staatsarchiv E 149 g — auch Kries: S. 1 ff.

<sup>3</sup> Tzschoppe u. Stenzel: S. 200, Der Breslauer Zoll bei Korn,



er mit dem Kurfürsten von Brandenburg einen Vertrag ab zur gemeinsamen Wahrung der Niederlagsrechte ihrer Städte Breslau und Frankfurt gegen polnische Uebergriffe, der in Folge des Todes des Königs weiter keine Resultate hatte, als dass die Polen, wie schon früher in Krakau, so auch in Posen und Kalisch Niederlagen einrichteten<sup>1</sup> und den deutschen Kaufleuten nun ihrerseits verboten, über diese Städte ins Innere Polens vorzudringen. In Schlesien war man nicht in der Lage gegen diese Anmaßungen irgend etwas thun zu können, die Centralgewalt war in völlige Erschlaffung versunken. Von dem Nachfolger des Matthias, dem König Wladislaus, ertretzten die ständischen Gewalten das Privilegium Wladislai (1498). Danach sollte der Landeshauptmann von Ober- und Niederschlesien stets ein schlesischer Fürst sein, wodurch der ganze Charakter der Stellung verändert wurde. Es sollten in Zukunft weder neue Steuern noch neue Zölle ohne Genehmigung der Fürsten und Stände Schlesiens eingeführt werden.<sup>2</sup>

Die Ohnmacht Schlesiens machte sich Polen zu nutze, der König verbot seinen Unterthanen den Besuch der Märkte von Breslau und Frankfurt, und Prag beeilte sich, um den polnischen Handel heranzuziehen, die Ansprüche Polens anzuerkennen. Breslau war so machtlos, dass es nicht einmal Glogau zur Anerkennung seiner Privilegien bringen konnte,<sup>3</sup> und das Ende war, dass sein

<sup>1</sup> Grünhagen: Geschichte Schlesiens. I. 403.

Friedeberg: Tractatus de iuribus Silesiae.

Christoph Seidel: Relation von der Niederlage (Handschrift im Staatsarchiv. D. 356).

<sup>2</sup> Der Artikel über die Zölle (XX.) lautet: „Auch alle alten Zölle sollen bei ihren Würden bleiben, doch weiter niemandes, wann wie vor Alters und Aussetzung damit beschweret werden. Sondern keine neuen Zölle wollen wir, auch unsere Nachkommen Königen zu Böhmen in keiner Stelle in der Schlesien, niemandes, wes Stand und Würden es sein, aufzurichten, nehmen oder gebrauchen, vergönnen, zulassen, geben und damit begnaden, es erkennen denn Fürsten, Prälaten, Herren, Ritterschaft und Städte der Schlesien einträchtiglich, dass es aus redlichen gegründeten Ursachen billich, und zu des Land besten und Nutz geschehen sollte“.

Kries: S. 103. — Grünhagen: I. 366.

<sup>3</sup> Rauprich; Seite 15.

Niederlagsrecht den Polen gegenüber suspendirt<sup>1</sup> wurde. Dafür durften die Breslauer Händler nun wieder auf den Märkten von Krakau erscheinen. Soweit war die stolze Handelssuprematie Breslaus über den slavischen Osten erschüttert, als die Krone Böhmens und damit auch die Oberlehnshoheit über Schlesien auf die Habsburger überging.

Damals, im Jahre 1527, gab es in Schlesien folgende Fürsten: Den Bischof von Breslau als Herzog von Grottkau und Fürsten von Neisse, ferner Herzog Karl von Münsterberg, Oels und Glatz<sup>2</sup> (ein Podiebrad), Friedrich von Liegnitz, Brieg und Wohlau, Johann von Oppeln und Ratibor, Wenzel von Teschen, Markgraf Georg von Jägerndorf (aus dem Hause Brandenburg),<sup>3</sup> von denen der Herzog von Oppeln und Ratibor schon 1532 unbeerbt starb, so dass seine Fürstenthümer nun zu den Erbfürstenthümern hinzutraten, von denen sie nur vorübergehend noch einmal losgetrennt wurden. Erbfürstenthümer waren Breslau, Schweidnitz, Jauer, Troppau und Glogau, zu denen ausser Oppeln und Ratibor 1549 noch Sagan hinzutrat, das 1472 an Sachsen verpfändet worden war und 1549 wieder ausgelöst wurde. Anderes, was in den Wirren dieses Jahrhunderts losgetrennt wurde, ist dauernd verloren geblieben, so Severien, das 1422 an den Bischof von Krakau, Auschwitz und Zator, die 1457 an Polen gekommen waren. Das Fürstenthum Krossen war 1483 an Brandenburg verpfändet worden, König Ferdinand hatte zwar 1538 auf die Wiedereinlösung verzichtet, doch ohne das der Lehnsnexus gelöst worden wäre. Zu gemeinsamem Rathen und Thaten mit den schlesischen Ständen hat der Markgraf sich allerdings nie verstanden.<sup>4</sup>

Die Landtage der schlesischen Stände, die sogenannten Fürstentage, gliederten sich in drei Curien, Fürsten, Ritter und Städte.<sup>5</sup> Jeder Fürst hatte eine Virilstimme, während den Be-

---

<sup>1</sup> So führt Seidel aus; nach Schickfuss soll es gar aufgehoben sein.

<sup>2</sup> Glatz gehört administrativ zu Böhmen, nimmt jedoch, wie Eger u. Ellbogen, eine vielfach exemte Stellung ein. Verhandlungen der böhmischen Landtage, III. 389.

<sup>3</sup> Grünhagen: Geschichte Schlesiens, II.

<sup>4</sup> Menzel: Gesch. Schlesiens, S. 153,

<sup>5</sup> Kries; S. 27,



sitzern der vier Standesherrschaften Militsch, Trachenberg, Wartenberg und Pless<sup>1</sup> eine Collectivstimme zustand.

In der Curie der Ritter fanden sich Vertreter der Erbfürstenthümer, je zwei Ritter, und der Stadt Breslau, in der Städtecurie die Vertreter bestimmter Städte der Erbfürstenthümer zusammen. Der oberste Landeshauptmann, also seit 1498 stets ein Mitglied der ersten Curie, leitete stets die Verhandlungen, die in den Curien getrennt, zwischen den einzelnen schriftlich erfolgten. Auch die Abstimmung erfolgte nach Collegien. Damit ein rechtsgültiger Fürstentagsschluss zu stande kam, war es nothwendig, dass der leitende oberste Hauptmann das Schlusswort gab, doch gebot das Herkommen, dass er sich der Ansicht der Mehrheit anschloss. Die kaiserlichen Commissare hatten nichts weiter zu thun, als die Propositionen einzubringen, auf die der „Fürstentagsschluss“ die Antwort war; solche Gegenstände der Verwaltung, für die der Fürstentag ausschliesslich und unabhängig von der Krone zuständig war, regelten die Abschiede.<sup>2</sup>

## II.

Die Regierung Ferdinands I. ist als die Epoche für seine Länder bezeichnet worden, „in welcher die ersten Grundlagen modern staatlicher Einrichtungen gelegt und in die ständischen Zustände mittelalterlicher Art die Anfänge fürstlicher Souveränität eingeschoben wurden.“<sup>3</sup> Diese Worte gelten in erster Reihe für die Länder der böhmischen Krone, auch für Schlesien. Wir haben den Triumph ständischer Libertät gesehen, der zum Privilegium Wladislai geführt hat. Ferdinand musste das Werk, über dessen Vollendung Matthias gestorben war, fast von neuem beginnen. Die erste Aufgabe war auch für ihn die Ordnung des Steuerwesens. So sehr auch die schlesischen Fürsten und Stände an der im Privileg von 1498 gewährten Steuerfreiheit festhielten, die Nothwendigkeit, den König im Türkenkriege zu unterstützen, war

<sup>1</sup> Diese Territorien waren um die Wende des Jahrhunderts von den Fürstenthümern Oels und Oppeln losgetrennt und an Personen des niederen Adels verliehen worden. — Menzel: in den Prov.-Bl. 65. S. 538.

<sup>2</sup> Kries: Seite 26—29.

<sup>3</sup> Maurenbrecher: in der Allg. dtsh. Biographie. VI. 642.

allzudeutlich. Nun und nimmermehr konnte der aus dem dürftigen Ertrage seiner Kammergüter eine Armee aufstellen, um in Ungarn Schlesien gegen die Osmanen zu vertheidigen.

Drei Abgaben sind es, die ausser den vorübergehend erhobenen Steuern, meist Verkaufsteuern, für Schlesien in Betracht kommen: die Schatzungssteuer, die Biersteuer und der Grenzzoll.

Die Schatzungssteuer, eine Vermögens- und Einkommensteuer, wobei jeder sein Vermögen selbst eidlich angeben muss, wird schon 1527 erhoben. Seit 1552 erfolgt die Erhebung beständig, und seit 1570 willigen die Stände, dass „eine bestimmte Summe statt des ungewissen pro mille“ erhoben wird.<sup>1</sup>

Dafür musste die Krone zulassen, dass die Landeszahlmeister und Generalschatzmeister, die bisher von Fall zu Fall ernannt und neben den Ständen auch dem Könige verpflichtet worden waren, zu einer rein ständischen Behörde umgewandelt wurden, dem Generalsteueramt,<sup>2</sup> an das die von den Fürsten und Ständen ernannten Particulareinnehmer die Steuern abführten. Aus ihrem Ertrage bestritt das Generalsteueramt zunächst die Bedürfnisse der eigenen Landesverwaltung, den Rest führte es nach ertheilter Genehmigung der ständischen Behörden an das kaiserliche Rentamt ab, doch durfte die Verwendung nur zu Zwecken des Türkenkriegs erfolgen.

Die Biersteuer<sup>3</sup> wurde im Jahre 1546 zunächst auf vier Jahre bewilligt, eine Frist, die stets verlängert wurde. Ihre Erneuerung und Erhöhung blieb auch stets an die Genehmigung der Fürstentage gebunden, aber die Erhebung erfolgte unabhängig von den Ständen durch königliche Beamte, auch in den mittelbaren Fürstenthümern,<sup>4</sup> und sie führten sie ohne Vermittelung des Generalsteueramts direkt an das königliche Rentamt ab. Aber frei in der Verwendung der Einnahmen aus dem Biergelde war der König auch nicht; sie sollten verwandt werden, um die Kosten des Hofhalts zu bestreiten und solche königliche Schulden, die im Inlande aufgenommen waren, zu verzinsen. Eine ein für

---

<sup>1</sup> Kries: Seite 38. 43.

<sup>2</sup> Kries: Seite 18. 19.

<sup>3</sup> Kries: Seite 63 ff.

<sup>4</sup> Kries: Seite 65.



alle mal bestimmte Summe aus seinem Ertrage musste dem Generalsteueramt überwiesen werden.<sup>1</sup>

Erst in dem Biergeld verfügte der König selbstständig über eine grössere Einnahme, denn was in jener Zeit sonst überall den Grundstock fürstlicher Macht bildete, das „Kammergut“, war in Schlesien kaum vorhanden. Domänen waren als grösserer Besitz nur noch in den Fürstenthümern Oppeln und Ratibor der Krone erhalten geblieben,<sup>2</sup> die localen Zölle waren bis auf einige Wasserzölle auf der Oder entfremdet,<sup>3</sup> das Münzregal wurde nicht benutzt,<sup>4</sup> das Bergregal kam nur in den Erbfürstenthümern in Betracht, aber der Bergbau lag darnieder.<sup>5</sup>

Ferdinand war consequent bemüht, sich neue Einnahmequellen zu erschliessen. Ehe wir sein grosartigstes Beginnen in dieser Hinsicht, die Erneuerung des Zollregals, näher betrachten, muss noch ein Blick auf den Organismus geworfen werden, den Ferdinand für die Verwaltung seiner Regalien ins Leben rief.

Der oberste Hauptmann war auch das Haupt der königlichen Verwaltung gewesen, aber er war zugleich stets ein schlesischer Fürst. König Ferdinand übertrug in der Regel die Würde dem Bischof von Breslau, aber so entgegenkommend sich auch diese den Wünschen der Krone gegenüber zeigten, in der Vertretung ihrer finanziellen Ansprüche liessen sie doch die wünschenswerthe Energie vermissen. Dass auf dem Fürstentage von 1553 Bischof Balthasar von Promnitz nicht hatte die Herabsetzung der Schatzungssteuer hindern können,<sup>6</sup> wurde in Wien sehr übel genommen. In den andern Erblanden hatte die Habsburgsche Dynastie nach französisch-burgundischen Mustern, die sie in den Niederlanden kennen gelernt hatten, für die Verwaltung collegialische Centralbehörden eingerichtet.<sup>7</sup> Auch Böhmen hatte eine Kammer, die

<sup>1</sup> Kries: Seite 9.

<sup>2</sup> Siehe v. Prittwitz: Schlesiens Kammerwirthschaft in der Ztschr. des Vereins für Geschichte etc. Schlesiens. XV. 302, auch Lucae passim.

<sup>3</sup> Von einem localen Zoll, der noch dem Könige gehört, findet sich keine Spur. Königliche Zölle auf der Oder werden öfters erwähnt, z. B. in den Berichten der Kammer an den Hof.

<sup>4</sup> Friedensburg: Schlesiens Münzgeschichte im Mittelalter. S. 49.

<sup>5</sup> Steinbeck: Geschichte des schlesischen Bergbaues. S. 118.

<sup>6</sup> Kries: Seite 46.

<sup>7</sup> Adler: Centralverwaltung unter Kaiser Maximilian.

ihre Kompetenz auch auf die Nebenländer erstreckte. In Schlesien war ein Fiskal mit Wahrung aller Ansprüche der Krone betraut, nun aber beschloss man zu diesem Zwecke eine höhere Behörde im Lande selbst einzusetzen. Zunächst schuf man noch keine besondere Kammer, sondern ein „Vitzthum“ trat als besondere Behörde neben das Oberamt, noch schien ein Mann ausreichend für eine centrale Leitung der königlichen Regalien. Als aber 1556 der neue Grenzzoll einzurichten war, da musste man auch hier zur Einrichtung einer collegialischen Behörde schreiten,<sup>1</sup> die allerdings zunächst noch unter der böhmischen Kammer stand. Jener Vitzthum, der einzige, den die Geschichte Schlesiens aufzuweisen hat, Friedrich von Redern,<sup>2</sup> trat als Präsident an die Spitze der neuen schlesischen Kammer, in der neben ihm noch drei Räthe saßen. Sie vertheilten die Geschäfte dergestalt, dass der erste die Schatzungs- und Biersteuer, der zweite die Kammergüter, Lehen, Bergwerke, Münze, sowie die „Parteisachen“, der dritte Zollangelegenheiten und Salzhandel bearbeiten sollte. Dieses Decernat war dem Dr. Fabian Kindler zugefallen, den man wohl als den eigentlichen Organisator des neuen Grenzzollsystems betrachten darf.<sup>3</sup>

### III.

Die Kämpfe Breslaus mit der Krone Polen um die Anerkennung seiner Niederlagsprivilegien durften nicht übergangen werden um die Machtstellung der schlesischen Hauptstadt zu charakterisiren, sie haben keine Bedeutung für die Gestaltung der Handelswege. Mochte der Umsatz zwischen deutschen und polnischen Händlern in Leipzig oder in Breslau oder in Krakau stattfinden, es passirte deswegen kein Frachtwagen weniger die

---

<sup>1</sup> Am 21. November ging dem Ober-Amt zu das „Original-Patent, dass Ihr. Kays. Maytt. anstatt des Vicedohmbs eine Kammer in Schlesien auff dem Kay. Hoff zue Bresslau aufgerichtet hat.“ Staatsarchiv A A III b d fol. 413.

<sup>2</sup> Grünhagen: in d. Allg. dtsh. Biogr. XXVII. 518.

<sup>3</sup> Kürschner: Einrichtung der schlesischen Kammer. Ztschr. d. Vereins f. Gesch. etc. Schlesiens. XI. 1 ff.



alten Heerstraßen. Nur vorübergehend hatten die Hussitenkriege zu stören vermocht. Auf den schlesischen Straßen ging nach Polen, was der üppige Starost zum Schmuck des Daseins brauchte, Seidenstoffe, Juwelen, feine Tücher, Südfrüchte, Weine, Gewürze, Pfeffer, Safran; aber auch andere Artikel, die mehr als Luxusbedürfnisse befriedigten. Polen war in seinem Bedarf an schlesischen Landtüchern, steyrischen und Linzer Eisenwaaren ganz auf den schlesischen Handelsverkehr angewiesen.

Schlesien vermittelte nicht nur den Verkehr des slavischen Ostens mit den Handelsplätzen Italiens und der Niederlande, sondern es hatte selbst eine blühende Industrie. Die Tuchmacherei war das wichtigste Handwerk, seine Erhaltung eine ernste Sorge der Staatsgewalt. Damals wurde nicht nur alle einheimische Wolle, sondern auch viele fremder, besonders polnischer Herkunft, von den Tuchmachern verarbeitet, die besonders in den kleinen Städten des niederschlesischen Flachlandes saßen, wo ringsum die großen Güter der adligen Schafzüchter lagen, denn nur dem stand es zu, Schafe zu halten, der die Freiheit hatte,<sup>1</sup> und vor den Thoren die Felder mit Färberröthe bestellt waren, deren Cultur mit dem Tuchmachergewerbe in inniger Berührung steht. Die schlesische Röthe hatte einen solchen Ruf, dass man später die Ausfuhr von Röthekeimen bei schwerer Strafe verboten hat, um dem Lande das Monopol dieser Cultur auf ewige Zeit zu erhalten. Die Rötheproduction befriedigte nicht nur den einheimischen Bedarf, sondern es fand auch noch stets ein Export, besonders in die Mark und nach Pommern statt. Dagegen kommt die andere zu jener Zeit berühmte Farbpfanze, der Waid, kaum in Betracht. Für dessen Cultur spielte Schlesiens Rolle Thüringen mit seinen „Waidstädten“. Im Gebirge aber blühte das Leinengewerbe, das seine größte Entwicklung noch vor sich haben sollte.<sup>2</sup>

Leinwand, Garn, Röthe, Wolle, Tuch — die werden uns immer und immer wieder als die Quellen schlesischen Reichthums genannt. Vom Bergbau war gerade damals nicht viel die Rede; die alten berühmten Bergwerke von Goldberg, Kupferberg, Reichenstein u. s. w. waren mehr oder weniger erschöpft, und was für

<sup>1</sup> Friedeberg: *de iuribus Silesiae*: Schafrecht.

<sup>2</sup> Alfred Zimmermann: *Blüthe und Verfall des Leinengewerbes in Schlesien*, S. 4.

unendliche Schätze noch in Oberschlesien unter der Erde schlummer-  
ten, fing man noch kaum an zu ahnen. Erst vor kurzem war  
in Tarnowitz der Bergbau auf Silber und Blei begonnen worden.  
Auch Zinn und Alaun wurden im Lande gewonnen und ein Monopol,  
nach dem nur aus bestimmten böhmischen Gruben stammendes  
Zinn oder Alaun in Schlesien verkauft werden durfte, wurde übel  
empfunden. 1553 wurde seine Aufhebung, wenigstens so weit  
es das Zinn betraf, durchgesetzt. Aber was Schlesien an Eisen-  
waaren brauchte, hat es noch lange aus Steiermark und Oester-  
reich bezogen; Kupfer kam aus Ungarn in solchen Massen, dass  
die über Teschen führende Strafse kurzweg „Kupferstrafse“ ge-  
nannt wird.<sup>1</sup> Endlich war noch ein Product einheimischen Ge-  
werbsfleisses, das Bier, das auch vielfach ausgeführt worden ist.

So war denn der Handel Schlesiens in jenem Jahre beschaffen,  
als die steigende Finanznoth die Wiener Hofkammer antrieb, aus  
seiner Belastung neue Hülfsmittel für den Türkenkrieg zu ge-  
winnen. Ueber die Erwägungen, welche in jener hohen Behörde  
dem Erlass eines so einschneidenden neuen Gesetzes vorherge-  
gangen sein müssen, geben uns die Akten des Breslauer Stadt-  
archivs keine Auskunft und wir sind genöthigt, uns auf die Ein-  
gangsworte des Patents vom 1. Mai 1556 zu verlassen. Demnach  
war das Kammergut des Kaisers nicht im stande, die steigenden  
Kosten der Kriegsführung allein auf sich zu nehmen. Ein Ver-  
such mit einem Zoll auf Vieh allein — d. h. auf die ungeheuren  
Heerden polnischer Ochsen, die durch Schlesien auf Nürnberg zu  
getrieben wurden — hätte nicht viel eingebracht, und so sei man  
auf dieses Zollsystem gekommen, dass sich in andern „König-  
reichen, Fürstenthümern und Ländern“ schon wohl bewährt habe.  
Kein Wort von den Bedenken, die sich aus dem Wortlaut des  
Privilegium Wladislai der Auffassung der Stände nach ergeben  
mussten, das alle Regelungen von Zöllen ohne Zustimmung der  
Stände verbot, das der König selbst beschworen und bis dahin  
stets respectirt hatte. Noch im Jahre 1546 hatte er dem Fürsten-  
tage einen Zoll auf Salz vorschlagen lassen. Er wurde abgelehnt  
und damit war er auch abgethan.<sup>2</sup> Wie der Viehzoll von 1549

<sup>1</sup> Steinbeck: Schlesischer Bergbau. S. 133 ff.  
Grünhagen: Geschichte Schlesiens. I. 400 ff.

<sup>2</sup> Kries: Seite 73.



zu stande gekommen ist, bleibt dunkel, die Verhandlungen des Fürstentags jenes Jahres gedenken seiner überhaupt nicht.<sup>1</sup> Es war damals die Zeit des Augsburger Interims und es mochte nicht rathsam erscheinen, sich den Wünschen der siegreichen Habsburger zu widersetzen. Anderseits wollte man sie auch nicht durch einen Fürstentagsschluss sanctioniren. Doch bei dem Mangel alles Materials über diesen Punkt sind das alles nur Vermuthungen.

Unter jenen fremden Königreichen, in denen man mit dem Grenzzoll so überaus günstige Erfahrungen gemacht habe, ist also wohl in erster Reihe Böhmen gemeint.<sup>2</sup>

Dort war schon im Jahre 1546 das Land mit einer Kette von Zollstationen umgeben worden, in denen der Zoll auf Rechnung des Königs erhoben wurde. Die alten Zölle, die im Laufe der Zeit an Corporationen und Private gekommen waren, wurden damit nicht aufgehoben, auch in Schlesien ist ihre Gültigkeit, so weit es sich um alte Privilegien handelte, ja nie bestritten worden. Der königliche Grenzzoll in Böhmen ist ausschliesslich ein Ausfuhrzoll.<sup>3</sup>

Ein Einfuhrzoll wurde an der Grenze nicht erhoben, an seiner Stelle erscheint das Ungeld. Diese Steuer wird beim Eingang in alle bedeutenden Städte von allen eingeführten Waaren einheimischer wie fremder Herkunft erhoben, und ist im folgenden Jahrhundert als Accise allbekannt worden.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Schickfus: IV. 142.

<sup>2</sup> Gindely: Geschichte der böhmischen Finanzen von 1526—1618.

<sup>3</sup> Es wurde erhoben zunächst von Rindern, Schafen, Schweinen, Pferden, Gänsen, Federn, Butter, Schmalz, Salpeter, Wolle, Getreide, Malz, Rindshäuten, zu denen 1556 noch Tücher, Unschlitt, Zinn, Kupfer, Messing, Alaun, Schleifsteine, Edelsteine. Leder, 1558 noch Brauntwein, Blei, Pech, Wachs, Rauchwaaren, 1564 endlich noch Wein, Bier, Fische, Stahl, Eisen hinzukamen. Gindely.

<sup>4</sup> Gindely gedenkt Seite 45 noch eines besonderen Transitzolles, den er nur einmal erwähnt gefunden hat, und zwar in einer Beschwerde fremder Kaufleute aus dem Jahre 1582, die klagen, dass man ihnen in Budweis nicht wie früher einen Transitzoll nach Rossen und Wagen, sondern den gewöhnlichen Grenzzoll abverlangte. Damit vergleiche man eine Notiz des Breslauer Stadtschreibers Reuss aus derselben Zeit (Stadtarchiv H 85 fol. 642): „Ob nun wohl der frauenburgische Zoll mit großer Muhe unndt Arbeit, durch ein kaiserliches Decret abgethan, unndt in Richtigkeit gethan worden, so hat doch die Behaimische Cammer also bald einen andern Findt

Schlesien kannte eine Einrichtung, wie das böhmische Ungeld nicht und es musste daher auch ein besonderer Einfuhrzoll erhoben werden. Er lastete nur auf goldenen, silbernen und seidenen Waaren. Alle andern Zölle heissen Ausfuhrzölle, sind jedoch in sofern sie sich nicht nur auf in Schlesien erzeugte, sondern auch auf eingeführte Waaren erstrecken, für diese Durchfuhrzölle.

Wir finden neben den schlesischen Landtöchern, Mühlsteinen, Getreide, Zinn, Eisen, Wolle, die Exportartikel Polens, als Ochsen, Wachs, Honig, steirische Sensen, ungarisches Kupfer, Nürnberger Waaren, fremde Tücher, aus Freiburg, England, Mecheln etc., ausländische Weine etc.<sup>1</sup>

erdacht unndt zu Budweis einen neuen Granitzzoll von denen Wahren, so zu Oesterreich geführt.... welche zuvor allezeit, als welche in Ihrer Maytt. Erblande gehen, zollfrei passirt.... aufgerichtet etc.“ — Hier wird dem neuen Grenzzoll also die freie Passirung der Waaren entgegengesetzt. Bedenkt man ferner, dass Gindely selbst als charakteristischen Unterschied des königlichen von den privaten Zöllen hervorhebt, dass der eine in Abstufungen nach dem Werth, der andere mehr in Art einer Mauth erhoben wird, so wird man annehmen dürfen, dass dieser Budweiser Transitzoll nur ein localer Durchfuhrzoll ist.

Einen wirklichen Transitzoll hatte man am 6. Juli 1558 (das Patent ist gedruckt in der Stadtbibliothek H 107) eingeführt „für allerlei Wahren, so aus dem Teutschland in Italiam und aus Italia in Teutschland geführt werden“ und zwar „in Unsern Fürstenthümben Khärnten und Crain, auch Unserer fürstlichen Grafschaft Görz und derselben anhengischen Herrschaften.“

Hierbei sei noch bemerkt, dass jener Entwurf eines allgemeinen Reichsgrenzzolls — Römischen kaiserlichen Mt. und des heiligen Reichs gemeynen stend Zoll — zunächst auch nur als Ausfuhrzoll geplant war. Auf Wunsch des Kaisers wurde der Entwurf dahin abgeändert, dass von den zollpflichtigen Waaren auch bei der Einfuhr der gleiche Zoll erlegt werden sollte. Das hätte also nur ein an die Grenze postirtes System von Durchfuhrzöllen alten Stils gegeben.

Ranke: Deutsche Geschichte. VI. 26.

Falke: Geschichte des Zollwesens. Seite 62.

<sup>1</sup> Das Zollmandat vom 1. Mai 1556 in Abschrift im Stadtarchiv H 107, der sogenannten „Trebelade“. Von den Zöllen seien erwähnt: ein Ross 9 Weissgroschen, ein Ochse ebensoviel, ein Schwein 1 Weissgroschen, ein Stück Kleinvieh 1 Kleingroschen, ein Stück schlesisches Landtuch 1 bis 3 Weissgroschen, ein Stück feines ausländisches Tuch 1 Thaler, ein Legel süßen Wein,  $\frac{1}{2}$  Thaler, ein Eimer Ungarwein 6 Weissgroschen, österreichischen 4, schlesischen 2 Weissgroschen, ein Viertel Bier 2 Weissgroschen; ein Scheffel



Fast so wenig, wie von den Verhandlungen, die in der Wiener Hofkammer der Veröffentlichung des neuen Patents vorgegangen sein müssen, wissen wir von der Aufnahme, die es in dem Kreise der schlesischen Fürsten und Stände gefunden hat. Zwischen dem Datum der vorläufigen Proclamirung vom 1. Mai 1556 und dem der öffentlichen Verkündung in Breslau am 20. September 1557 sind nicht weniger als zwei Fürstentage in Breslau,<sup>1</sup> und ein allgemeiner Landtag der böhmischen Lande in Prag<sup>2</sup> gehalten worden, aber weder in den Instructionen, noch in den Beschlüssen, nicht einmal in den Abschieden, finden wir ein Wort über die Neuerung, die die Gemüther doch in die größte Aufregung versetzte. Jedenfalls haben die kaiserlichen Commissare es vorgezogen, sich nicht an die umständliche Geschäftsordnung der Fürstentage zu binden, sondern mit den bedeutendern und einflussreichern Ständen zwanglos zu unterhandeln. Darauf deutet wenigstens eine Stelle in einem spätern Beschluss.<sup>3</sup> Da sprechen Fürsten und Stände die unterthänigste Bitte aus, doch in Zukunft nichts entgegen dem alten Brauch mit Ständen „ad partes oder entzuletzt“ verhandeln zu wollen. Unter diesen Umständen ist es hoch erfreulich, dass wenigstens für die Stadt Breslau und die Stellung, die sie der Neuerung gegenüber einnahm, die Quellen reichlicher fließen.<sup>4</sup>

Weizenmalz 1½ Groschen, der Centner Messing ½ Thaler, Alaun ebenso, Kupferwasser 3 Weissgroschen, Stahl 4, Schienen und Schweben 2 Weissgroschen, 1000 Sensen 1 Gulden, Eisenwaaren ⅓ des Werthes, Gewürze von 10 Gulden Werth 5 Weissgroschen, ebenso Holzwaaren etc.

Ganz verboten war nur die Ausfuhr von Pulver und Salpeter. Die von Gold und Silber wurde erst durch ein besonderes Patent vom 3. September 1556 (Stadtarchiv H 84) verboten.

Das Zollmandat bestimmt ferner die Verzollung bei der Ausfuhr von fremdem Zinn und Kupfer, und führt die allgemeine Verkaufsteuer auf Röthe ein.

<sup>1</sup> Ihre Beschlüsse vom Montag nach Trinitatis 1556 und Montag nach Misericordia 1557 bei Sebickfus: III. 196. — Ausführlich im Stadtarchiv H 165.

<sup>2</sup> Schluss vom 22. März 1557 in den „Verhandlungen und Beschlüssen der Landtage zu Prag“.

<sup>3</sup> Mittwoch nach Oculi 1558. Staatsarchiv D 314 a a.

<sup>4</sup> Im Stadtarchiv die „Trebelade“ (H 107) und die Collectaneen des Stadtschreibers Fabers und seines Nachfolgers Reuss (H 83—86).

Am 1. Mai 1556 hatte der Kaiser das neue Zollmandat für Schlesien in Wien unterzeichnet. Es wurde dann dem Obersten Hauptmann in Schlesien übersandt, der es seinerseits den Rathmannen von Breslau zuschickte, mit dem Befehl, es zu publiciren und die nöthigen Anordnungen zu seiner Ausführung zu treffen. Sie antworteten mit einem umfangreichen Protest<sup>1</sup> (15. August 1556), trotzdem, dass ihnen das fragliche Patent damals noch garnicht officiell zugegangen war. Sie prophezeiten, dass bei seiner Einführung es eintreten würde, dass man den Handelsweg von den grossen Plätzen des Reichs, Antwerpen, Nürnberg, Leipzig aus nach Polen nicht mehr über Breslau, sondern über Posen nehmen würde, sehr zur Freude der Polen selbst, die Breslau alles böses wünschten. Dann würden auch die fremden Kaufleute Breslau verlassen, der Handel würde verfallen und auch die königlichen Kassen würden schnell den Ausfall der Einnahmen empfinden. Auch die Gesetzmässigkeit des neuen Zollmandats wird angezweifelt. Die alten „habenden kaiserlichen königlichen und fürstlichen Freiheiten und Begnadigungen“, die doch der Kaiser selbst erst vor kurzem bestätigt hätte, würden arg geschmälert. Seine Antwort vom 7. October 1556<sup>2</sup> klang nicht sehr freundlich, schloss aber doch mit der Zusicherung, dass, wenn der neue Zoll in der That „zu so merklichem abbruch und nachtail raichen thät“ man in Wien „der von Presslau unterthänigstem anlangen eingedenk sein würde“.

Und am 20. December 1556 wurde aus der böhmischen Kanzlei den Rathmannen von Breslau die Mittheilung,<sup>3</sup> dass der Kaiser „diesen handl bis auff ferner erckundigung gnedigist eingestellt“ habe.

Trotzdem trat das Vitzthumamt am 11. Januar 1557<sup>4</sup> an den Rath mit der Anfrage heran, ob er „die angeregten Zoll Mandat wolde öffentlich anschlagen und ferner mit aufrichtungk und bestellungk der Ampter verfahren lassen?“

Zu diesem Schritt scheinen die Herren vom Vitzthumamt sich ganz selbstständig entschlossen zu haben; in einem Schreiben

<sup>1</sup> Kries: S. 44. Trebelade fol. 437.

<sup>2</sup> Trebelade fol. 441.

<sup>3</sup> Trebelade fol. 456.

<sup>4</sup> Trebelade fol. 443.



an einen Unbekannten vom 16. Januar 1557 giebt Kindler selbst zu, dass eine neue Beratung wünschenswerth sei. Bald darauf ist nun der schon erwähnte Generallandtag der Länder der böhmischen Krone in Prag zusammengetreten, dem auch Deputirte der Nebenlande, also auch Schlesiens, beiwohnten. Vielleicht meinte der König dort Mittel und Wege zu finden, sein Geldbedürfniss auch ohne so allgemein verhasste Mafsregeln befriedigen zu können. Als geeignetes Mittel scheint sich ihm eine allgemeine Verkaufssteuer für alle Länder der böhmischen Krone auf Wein, Bier, kostbare Stoffe, Edelsteine, Perlen, „hohe“ Tücher, kostbares Rauchwerk dargeboten zu haben. Aber der Schluss des Landtages (19. April 1557) erwähnt das Project mit keinem Worte.<sup>1</sup>

So erhielten denn die Rathmannen von Breslau ein neues Schreiben vom Kaiser aus Wien, datirt vom 15. August 1557:<sup>2</sup> „Ir wisst Euch sonders zweiffels zu erindern aus was hochbeweglichen begrunten ursachen wir noch vor einem Jahr vorhabend unnd Entschlossen gewesen, auff alles Viech grofs und klein, auch allerlei andere Victualien Waren und gattungen, so aus unserem Fürstenthumb Ober- unnd Nider Slesien in andre frembde khunigreiche lannd undt gebiet getrieben, gefuert unndt verhandtirt werden, Ainen leidlichen granitz Zoll aufrichten zu lassen und denselben allberait inn das werch unnd wesen zuebringen anordnet gehabt. Dieweil aber Etzliche Irrungen dardurch die Publicirung der Mandat über angeregte Zölle bisher stecken belieben, mit eingefallen unnd wir aber nun mer, nach ferrer Nachforschung unnd Erwegung aller Umbstend der sachen, auch vleissiger Ersehung der Lanndt unnd der Stadt Presslau freiheiten und Privilegien befunden, dass wir der Aufrichtung desselben Zoll woll befuegt unnd begrunt sein, So haben wir demnach angeregte Zollmandata gegen denn vorigen Etwas newern unnd corrigiren unnd wieder umbdrukhen, und dieselben unsern darzu geordneten Commissarien im Lande Slesien hin und wieder zu publicieren unnd anzuschlagen, auch Einnember darzu zu bestellen, zuschicken unnd behendigen lassen. Unnd ist darauf unser ernstlicher bevelh an Euch, das ier nit allain bemelte Zoll Mandat

---

<sup>1</sup> Project und Landtagsschluss im Stadtarchiv (H 165 fol. 175 ff.) Trebelade fol. 462.

daselbst in der Stadt Presslau zu publicieren unnd anzuschlagen gestattet, sondern auch darob seiet unnd verfueget, damit denselben Mandaten . . . . kein Hinderung oder Eintrag ervolgen mueget.“

Dieser Botschaft auf den Fuss folgte die Bestellung kaiserlicher Commissare zur „aufrichtung und vollziehung berürten Zolls, auch verordnungs und satzungk der zöllner, Gegenschreiber, Bereitter der Strafsen.“ Schlesien wurde in Bezirke eingetheilt und für jeden mehrere Commissare bestellt.<sup>1</sup> Für das Fürstenthum Breslau<sup>2</sup> wurden ernannt Otto von Zedlitz auf Parchwitz und Hans Dornewitz „Obrister Einnehmer der Biergelder im Nambslischen“; daneben aber wieder Fabian Kindler.

Am 20. September 1557 ist dann in Breslau die feierliche Publicirung des Zollmandats erfolgt,<sup>3</sup> aber die Hoffnung, dass es sich doch nur um eine vorübergehende Mafsregel handeln würde, blieb immer noch lebendig. Es fehlte auch nicht an drohenden Worten gegen die kaiserlichen Beamten, besonders gegen Fabian Kindler, der damals gewiss der bestgehasste Mann in Breslau war.<sup>4</sup>

Redern war ja auch verhasst, aber man scheint Kindler als den eigentlichen Unheilstifter angesehen zu haben.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Trebelade fol. 463.

<sup>2</sup> Dazu auch das Fürstenthum Oels und die Standesherrschaften Militsch und Trachenberg.

<sup>3</sup> Dieses Zollmandat, unterfertigt den 6. August 1557, weist eine ganze Reihe Artikel auf, die im ersten noch fehlen: Wachs vom Stein 2 Weissgroschen, Unschlitt 3 Kleingroschen, Honig, die Tonne 6 Weissgroschen, der Stein Wolle 5 Kreuzer, Getreide der Scheffel  $1\frac{1}{2}$ —2 Kreuzer, lebende Fische vom Thalerwerth 2 Kreuzer, Heringe die Tonne  $5\frac{1}{2}$  Weissgroschen, der Centner Blei  $\frac{1}{2}$  Thaler, Flachs und Garn von 10 Gulden Werth 5 Weissgroschen, Nürnbergscher Pfennwert vom Thalerwerth ein Kleingroschen etc.

<sup>4</sup> Man beschuldigte ihn des schwärzesten Undanks. Er, der nur durch Verwendung des Raths die Mittel zum Studium hatte erschwingen können, der dann als „Lannd- unnd Schöppenschreiber“ Gelegenheit zu tiefen Einblicken in die Verwaltung erlangt hatte — er verwandte schliesslich diese Kenntnisse, um in kaiserlichen Diensten seine Gönner ins Unglück zu stürzen.

Faber: Collectaneen. Stadtarchiv H 84. fol. 78. 137.

<sup>5</sup> In Cunradi Silesia togata auf Redern der Vers:

Caesaris ut camerae bene praesis gloria prima,  
Absit Kindleri mens male suada tui.



Aber trotz aller Missstimmung sah doch der Rath ein, dass er sich auf den Boden der Thatsachen stellen musste, und am 10. December 1557 empfing er ein Schreiben des Kaisers der ihm für die Publicirung des Mandats seine Anerkennung aussprach.

Wie sich die übrigen Fürsten und Stände mittlerweile mit der Neuerung abgefunden hatten, muss dahin gestellt bleiben. Einer setzte jedenfalls auch jetzt noch seinen Widerstand fort, der Herzog Wenzel von Teschen. An den richtete gleichfalls am 10. December 1557 der Kaiser eine ernste Mahnung. Das Schreiben enthält ausser einer Aufzählung der bekannten Gründe, die den Anstoss zur Aufrichtung des neuen Grenzzolls gegeben hätten: die Türkennoth und den Verfall des Kammerguts, die Unbedenklichkeit des Zolls für den Handel u. s. w., auch noch die interessante Bemerkung, dass auf dem Fürstentage zu Ende 1556 sich allerdings eine lebhafte Missstimmung gegen den Zoll geäußert habe, die jedoch auf dem Prager Landtage des nächsten Jahres völlig verstummt sei. Bis zum 12. Februar 1558, schreibt der Kaiser, habe der Herzog die Publicirung der Mandate vorzunehmen und die Bestallung der Beamten geschehen zu lassen. Herzog Wenzel zögerte auch jetzt noch, und noch am 2. Februar 1558 fragte er den Herzog Georg von Liegnitz und Brieg um seine Meinung. Nachdem er ihm den kaiserlichen Befehl mitgetheilt hat, fährt er fort: „Nun werden wir aber berichtet von Unsern abgesandten, die wir auf vergangenen Fürstentag zu Breslau gehabt, dass auch zuvor umb aufrichtung solcher Newen Zölle von Ir. Ke. Maytt. Commissarien an die Herrn Fürsten und Stände begerdt worden. Es wäre aber aus vielen billichen und beweglichen Ursachen Irer Ksr. Maytt. abgeschlagen worden.“<sup>1</sup> Um so gröfser sei sein Staunen, dass die Fürsten und Stände „ausserhalb eines gemeinen Fürstentags“ nun doch beigegeben hätten. Herzog Georgens Antwort ist uns nicht überliefert, doch scheint der Herzog von Teschen sich auch bald gefügt zu haben, — und damit war die Aufrichtung des neuen Grenzzolls vollendet.

Nun aber begann man erst recht an einzelnen Bestimmungen zu mäkeln und die Rathsmannen von Breslau schickten eine

<sup>1</sup> Das Schreiben des Herzogs im Original, das des Kaisers in Copie im Staatsarchiv F. Teschen I, 19 b.

Siehe auch Biermann: Geschichte von Teschen.

eigene Gesandtschaft an den Kaiser,<sup>1</sup> um ihm die Gravamina, die sich nicht nur auf den neuen Zoll bezogen, vorzustellen. Man klagte besonders über die Verzollung der Röthe, die auch dann stattfinden, wenn die Röthe im Inlande verbraucht würde, sollte, und sah darin einen Widerspruch mit dem Grundsatz, dass nur das, was über die Grenze in fremde Staaten ging, verzollt werden sollte. Die Folge sei, dass die Zufuhr der Röthe auf den Breslauer Markt stocke, „die aus den umbliegenden Stetten“ würden „mit ihrem Gewerbe und dergleichen Zufuhr vollends abgeschreckt“. Die Resultate dieser Gesandtschaft waren nicht sehr ermuthigend. Am 3. Februar 1558 ging dem Rath der Bescheid zu, dass der König einer Herabsetzung der Zölle auf einige Waaren nicht abgeneigt sei, ein neues Mandat mit diesen Aenderungen werde in etwa drei Monaten ausgegeben werden, aber gerade in der Verzollung der Röthe war keine Concession zu erlangen gewesen. Wenn die Einnehmer von jedem verkauften Posten Röthe den Zoll erhöhen, so sei das nur ihr Recht und ihre Pflicht.<sup>2</sup>

Zugleich erfolgte ein kaiserliches Handschreiben an den Rath, das ihm anbefahl, alle Hinterzieher des Zolls an ihre Pflicht zu erinnern.

Nun nahm der gesammte Fürstentag die Sache in die Hand. Sein Abschied am Mittwoch nach Oculi 1558 besagt: „Zur Ab-

---

<sup>1</sup> Die Rathsherrn Hans v. Bockwitz, ein schlesischer Edelmann, und Benedict Distler, der als Nürnberger bezeichnet wird, also wohl als Vertreter der fremden Kaufmannschaft auftreten sollte, dazu noch der Syndicus Philipp Drachstedt.

Trebelade fol. 498. — Breslauer Stadtbuch, Sinapius, Cunradi Silesia togata.

<sup>2</sup> Die auf die Röthe bezügliche Stelle des Zollmandats vom 1. Mai 1556, die im späteren wörtlich wiederkehrt, lautet: Von einem Stein Röthe, so zum fernen der tuch gebraucht wirdet, zween Weissgroschen. Und weil aber als wir glaubwürdig bericht, durch die kauffleut und andre burger in Städten, mit auffkauffung sollicher Röthe ein grofser schedlicher vorkauff getrivenn, dieselb von Ihnen auff theuerung gehalten unndt volgendts mit grofsen Summe und hauffenweis aus dem Land gefuret wirdet, so wollen wir, dass . . . bemelte Röte in allen Städten verzollt, und volgendts den kauffern und verkauffern von unsern geschworenen Einnehmern darüber eine kundtschaft gegeben werde, damit also derselbe einnehmer, welche Röte verzollt und aus dem Lande gefurt wirdet ein wissen haben muge“.



sendung wegen des neuen aufgerichteten Zolls haben sie erbetten und erwählet Herzog Wenzeln zu Teschen, Herzog Hansen zu Münsterberg und Oelsen, D. Philipp Drachstedten und M. Franciscum Fabrum, Syndicum und Stadtschreiber zu Breslau. Wegen dieser Absendung werden sich schriftlich gegen das Oberamt erklären Schweidnitz, Jauer, Troppau, Glogau, Oppeln und Ratibor.“<sup>1</sup> Dieser Fürstentag hat auch in seinem Schluss einen Hinweis auf die neuen Zölle aufgenommen, es sei „allen Fürsten und Ständen viel kummerlich gefallen, dass der Newe Granitzzoll hinter Ihrer Fürsten unnd Stenden Unnd der andern Slesischen Stende unterthanigst Vorwissen und Bewilligung zuwider Ihre Privilegien und Freyheiten sei angestellt und furgenomben worden.“

Ueber die Resultate dieser Gesandtschaft fehlt jede Auskunft. Die Zollermäßigungen, die am 4. November in Kraft traten, waren schon im Februar den Breslauer Kaufleuten in Aussicht gestellt worden,<sup>2</sup> und die Ermäßigungen erfolgten „nur auf ein Versuchen“. Kaiser Ferdinand dachte nicht daran, sich in seinem Vertrauen zu den schlesischen Beamten erschüttern zu lassen. Grade damals wurde die schlesische Kammer eingerichtet, Redern und Kindler traten in diese neue Behörde ein. Ihre „Berichte an den Hof“ sind für die nächste Zeit eine ergiebige Quelle für die Kenntniss der schlesischen Verwaltung.<sup>3</sup> Welche Stimmung in diesen Kreisen herrschte, zeigt z. B. der Bericht vom 24. November 1558, für die Befürchtung, dass der Handel sich neue Bahnen um Schlesien herum suchen könnte, hat man nur ein mitleidiges Lächeln. Kaufleute hätten selbst eingestanden, dass ihnen der Umweg zu hoch zu stehen kommen würde, und einige, die demonstrativ (umb aines schreckens willen) den Weg über Posen eingeschlagen hätten, wären dort mit ihren Waaren, da keine Fuhrleute zur Stelle gewesen seien, liegen geblieben. Die ganze Erregung gegen den neuen Zoll sei gemacht, „etliche Monopolisten“ hetzten gegen eine Neuerung, mit der schnell genug jedermann ganz zufrieden sein würde. Einen ganz ähnlichen

<sup>1</sup> Schickfus: III. 203. Staatsarchiv D 314 aa.

<sup>2</sup> Die Ermäßigungen betrafen Wachs, Unschlitt und Meissner Waaren.

<sup>3</sup> Im Staatsarchiv A. A. III 23 a—l umfasst die Correspondenz von 1558—1577; doch fehlt die aus den Jahren 1570 und 1571. Die Antworten fehlen leider,

Verlauf habe die Angelegenheit der Oderschiffahrt genommen. An der Möglichkeit, den und jenen Zollposten herabzusetzen, zweifelte man deswegen natürlich nicht.<sup>1</sup>

Um dieselbe Zeit trat eine neue Breslauische Gesandtschaft vor den Kaiser (1. December 1558).<sup>2</sup> Unter den Beschwerden, die diesmal zur Sprache kamen, stehen der hohe Zoll auf Tücher und die Verzollung der Röthe voran. Man fügte sich darein, dass von der Röthe ein Zoll erhoben wurde, gleich ob die verkaufte Waare zum einheimischen oder zum ausländischen Verbrauch bestimmt war, aber unbillig erschien es, dass der volle Zoll bei jedem neuen Verkauf von neuem bezahlt werden musste. Geklagt wurde auch über thatsächliche Uebergriffe der Zollbeamten, die auch von Wollwaren einen Eingangszoll verlangten. Dann wird die Frage aufgeworfen, wie es denn käme, dass ein Zoll, der den Namen Grenzzoll führe, gar nicht an den Grenzen, sondern in den Städten erhoben würde.<sup>3</sup> Endlich wird noch geklagt, dass Waaren, von denen der Ausfuhrzoll in Schlesien bezahlt sei, nochmals wenn sie durch Böhmen verführt würden, zum Zoll herangezogen würden. Die Antwort des Kaisers (16. Februar 1559) bestätigt, dass alle Wollwaaren<sup>4</sup> vom Einfuhrzoll befreit seien und bleiben sollten.

Der Röthezoll sollen „hinfüro nit mehr als ain mal, und nemblichen bei dem Ersten Abwegen, sy bleib nun im Lande oder

---

<sup>1</sup> Empfohlen wurde die Herabsetzung der Zölle auf Kupfer, Zinn und Kupferwasser.

<sup>2</sup> Die Gesandtschaft bestand aus den Rathsherren Bockwitz, Simon Ashelm und Anton Banck und dem Syndicus Drachstedt. Er und Bockwitz hatten schon der vorigen Gesandtschaft angehört. Ashelm und Banck waren königliche Mannen, letzterer auch Landeshauptmann des Fürstenthums Breslau. Breslauer Stadtbuch. Sinapius.

<sup>3</sup> Aehnlich hatte sich schon am 20. November 1557 der Breslauer Rath gegenüber Kindler geäußert; — es sei „wieder den Inhalt der publicirten Mandata, das man alleyn allhie zu Breslau in der Stadtmauer so dränget, an der Wage, an den Thoren allerley aufsehers bestellt, welches nur allein uff diese Stadt und dye, so nach allhie was handeln gericht ist. Ihndes gehen anderswo aus dem Lande ann aus Breslau fast alle wharen unverzollt, wohin es jedem gelegen“.

Trebelade.

<sup>4</sup> Kramb und wuellen Gewandt als Parchandt, Leinwad, Harras Verstatt, Satin, Macheyer und allerley niederländische und dergleichen wharen.



werde hinausgeführt“ erhoben, der Zoll dagegen von 1 Groschen auf 2 erhöht werden.<sup>1</sup>

Die Kammer äussert sich über verschiedene der beschwerlichen Punkte und nimmt mit grossem Eifer ihre unteren Beamten in Schutz, die nie ungesetzlich hohe Zölle abverlangt hätten. Dass bei der Zollrevision Ballen zerschnitten und Fässer zerschlagen würden, käme überall vor, und für den dabei entstehenden Schaden seien in erster Reihe die Kaufleute selbst mit ihren Schmuggeleien verantwortlich zu machen. Die Antwort des Kaisers (vom 16. Februar 1559) übergeht auch in der That diese Punkte der Gravamina mit Stillschweigen, ebenso die Frage der Zollerhebung an der Grenze. Die Kammer hatte sich dagegen ausgesprochen, da diese Art der Zollerhebung eine zu grosse Anzahl Beamter erfordere.<sup>2</sup>

Durch solche kleine Concessionen, wie sie allenfalls in Wien gewährt wurden, war der Widerwille nicht zu besänftigen. Ein Fürstentag, der im Januar in Breslau zusammengetreten war, benutzte die Gelegenheit, ein Verzeichniss aller schlesischer Gravamina in seinen Beschluss aufzunehmen, und dort stehen die neuen Zölle an erster Stelle. Hier wird auf ihre Unvereinbarkeit mit dem Privilegium Wladislai, wie auch mit den polnischen Compactaten hingewiesen,<sup>3</sup> und werden die Verluste geschildert, welche die Besitzer der Privatzölle erleiden müssten, wenn der Handel sich von Schlesien abwenden würde. Dass dies der Fall sein würde, galt als unzweifelhaft. Schon verlegten Tuchmacher und Hutmacher ihren Betrieb über die Grenze, die Folge würde eine

---

<sup>1</sup> So viel hatte auch das Zollmandat vom 1. Mai 1556 gehabt. Der Bericht der Kammer vom 14. December 1558 bemerkt, dass die Versteuerung der weitem Verkäufe nicht mehr den gemeinen Mann, sondern den Händler träfe und darum zu empfehlen sei.

<sup>2</sup> Bewilligt wurden damals eine Herabsetzung des Zolls auf Branntwein, abgelehnt eine solche auf Blei, auf Leinwand, Parchent, Harras etc. Der Kaiser an das Oberamt 19. Januar 1559. Staatsarchiv A A III b c.

<sup>3</sup> Man fürchtete, dass den polnischen Kaufleuten der Besuch des Breslauer Markt verboten werden könnte. Ein solches Verbot war erst 1550 aufgehoben worden. Die Compactaten, vermöge derer die Unterthanen beider Länder frei zu Wasser und zu Lande handeln durften, kamen bald darauf zu stande.

Christoph Seidel: Relation von der Niederlage. Staatsarchiv D. 356.

verminderte Nachfrage nach Wolle sein. Der Hinweis, dass der Grenzzoll „in andern Königreichen und Landen“ sich wohl bewährt hätte, und darum doch nicht in Schlesien ganz verderblich wirken könnte, vermag nicht zu überzeugen. Es sei ein großer Unterschied zwischen Böhmen und Schlesien, das ohne Weinbau, ohne Getreideausfuhr, vor allem ohne Bergbau allen seinen Reichtum seinem Handel verdankte.

Um die Frage, ob und wie weit ein Umfahren des Landes Schlesiens möglich sei, endgültig zu entscheiden, veranlasste der Kaiser die Breslauer Kammer-Commissare auszuschicken, die an Ort und Stelle Erkundigungen einziehen sollten. Caspar von Langenau sollte die Strafse von Posen nach Nürnberg, Melchior von Schlieben die von Posen nach Leipzig bereisen.<sup>1</sup>

Am 17. April wurde die „Mappa“, die jeder angefertigt hatte, dem Kaiser übersandt. Das Resultat ihrer Untersuchungen war, dass der Weg von Krakau nach Leipzig über Posen um 34, der von Krakau nach Nürnberg über Posen um 56 Meilen länger sei, als der Weg über Breslau. Auf diese Berichte hin erhielten die Rathsmannen der Stadt Breslau von Augsburg aus ihren Bescheid, den sogenannten „Augsburger Abschied“.<sup>2</sup>

Der Kaiser sei nicht in der Lage, die Beschwerden der Breslauer für „lauter und befuegt“ erkennen zu können, da an ein Umfahren des Landes nicht zu denken sei. Im übrigen erklärt er sich auch jetzt wieder bereit, einzelne Posten des Zollmandats, wenn der Vortheil erwiesen werden könne, abzuändern und fordert die Breslauer auf, bezügliche Wünsche ihm schriftlich zugehen zu lassen.

Der Kaiser hatte auch von dem Landeshauptmann der Oberlausitz, Hans von Schlieben, ein Gutachten über die Zölle verlangt. Die beiden Lausitzen, die eine unter einem Landeshauptmann, die andere unter einem Landvogt, waren der böhmischen Kammer untergeordnet geblieben,<sup>3</sup> dagegen war der neue schlesische Grenzzoll auch auf die Lausitzen ausgedehnt worden, und seine Erträge flossen in die Breslauer Rentei,<sup>4</sup> so dass die Lausitz an den Be-

<sup>1</sup> Bericht der Kammer vom 25. Febr. 1559.

<sup>2</sup> Stadtarchiv H 84 fol. 123. — Staatsarchiv in A A III b c.

<sup>3</sup> Kürschner; in der Ztschr. für Geschichte etc. Schlesiens, XI. S. 6.

<sup>4</sup> Christoph Seidel; Relation von der Niederlage. Cap. VI.



schwerden über den neuen Zoll unmittelbar betheiligt war. Schlieben wurde erst am 17. Juli aufgefordert und antwortete erst am 15. August, also erst nachdem der Augsburger Abschied schon ertheilt war.<sup>1</sup> Er weist auf die rührige Thätigkeit der brandenburgischen Markgrafen hin, die nichts vorbeigehen liessen, um durch Besserung der Wege und Linderung der Zölle den Verkehr auf der Strafe von Leipzig über Wittenberg, Berlin und Frankfurt zu heben. Schon hätte der Handel mit sächsischen Tüchern sich dieser Strafe bemächtigt, und die Städte der Lausitz, die eigene Zölle besäßen, empfänden bitter den Rückgang ihrer Einnahmen. Zugleich schrecke der Ausfuhrzoll auf Ochsen, der in der Lausitz 6 Weissgroschen betrage, den Viehandel ab, Minderung der Zollsätze sei dringend geboten.

So der Landeshauptmann der Oberlausitz, von dem Landvogt der Niederlausitz ist gar eine Aeusserung überliefert, er wolle gern den Ausfall aus seiner Tasche tragen, wenn nur der bewusste Zoll aufgehoben würde. Die Kammer polemisirte gegen diese Auffassung, auch gegen die Klagen über den Wollzoll, da gar keine Wolle exportirt würde, und meinte, dass die Privatzölle, wie z. B. der in Lauban, weit lästiger für den Verkehr seien als der königliche. Aber so ganz unbegründet waren die Klagen doch nicht; den Zoll auf ausländische Tücher herabzusetzen empfahl die Kammer selbst, da dieser Handel sonst in der That den Weg über Posen einschlagen würde.<sup>2</sup> — In demselben Jahre regte die Kammer an, auch das Fürstenthum Krossen mit Züllichau in das Zollsystem einzubeziehen. Es blieb bei der Anregung. Markgraf Johann von Cüstrin dachte nie daran, an irgend welchen schlesischen Lasten mit zu tragen.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Trebelade, am Ende.

<sup>2</sup> Bericht der Kammer vom 23. Juni 1560. Staatsarchiv A A III 23 a.

Wenn die Zölle in der Lausitz eingerichtet wurden, ist nicht festzustellen. Kindler spricht in einem Bericht der Kammer vom 4. November 1558, als wenn er grade mit ihrer Einrichtung beschäftigt sei.

<sup>3</sup> Später hat der Markgraf einmal das Anerbieten gemacht, in die Aufrichtung des Zolls und in das „Mitleiden“ für Krossen und Züllichau zu willigen, wenn ihm die Herrschaft Cottbus befreit würde. Bericht der Kammer vom 24. März 1564 im Staatsarchiv A. A III 23 c.

Im nächsten Jahre 1561, am 9. Januar, schickten die Breslauer Rathmannen eine neue Gesandtschaft an den Kaiser. Ihre Instruction<sup>1</sup> erschöpft sich in allgemeinen Klagen, Breslau, einst eine „ziemliche Handelsstadt“ sei im Begriff sich in eine „Bierstadt“ zu verwandeln, „wie solches die Häuser, so in der Kretschmer Händen kommen und zum brewen angericht werden, ausweysen“. Polen und Russen suchten die schlesischen Märkte nur noch auf, um zu verkaufen, ihre Einkäufe besorgten sie in Polen selbst, aber auch auf den dortigen Märkten könnten schlesische Händler kaum noch concurriren.

Der Kaiser begnügte sich erst mit der nichts sagenden Erklärung, „es sei nicht seine Meinung, dass die Stadt Breslau oder das Land Schlesien verderben solle“; liess aber dann am 4. März 1561 einen ausführlichen Bescheid erfolgen. Der verwies auf den Augsburger Abschied und hob tadelnd hervor, dass die Klagen so allgemein gehalten seien. Die Gesandten sollten vielmehr „ein verzeichniss aller der Wahren, mit welchem sie auch im Czoll zu hoch übersetzt zu sein vermeynten, aufs furderlichst übergeben, Irer Maytt. auch der umbfahrenen Strecken halber allen notwendigen Bericht thun“. Auch sei es befremdlich, dass immer nur die Stadt Breslau klage, weder die schlesischen Fürsten noch Stände, noch die fremden und ausländischen Handelsleute hätten derartige Beschwerden laut werden lassen. Die Gesandten replicirten am 13. März 1561. Dass die schlesischen Stände auch von dem Zoll nichts hätten wissen wollen, ginge aus den Verhandlungen der Fürstentage vom Ende 1556 und vom Montag nach Oculi 1558 deutlich hervor. Aber das sei allerdings wahr, dass „dyse Zoll nymanden hoher beschweren, noch drucken, denn uns armen unterthanen zu Breslau, denn dem Adel durchaus dieser Zoll nicht viel angelegen ist, als denn ire Wahren, Wolle, getreydte, Fische, lehder, Putter, Kehse, und was Ihnen Got giebt, in Stetten und ufm Lande genugsam gelten muss, lassen sich andre Leute umb den Zoll bekümmern“. Dazu kamen noch bedrohliche Gerüchte,

---

Cottbus war ein böhmisches Lehen, gehörte seit 1462 zu Brandenburg. Erst 1742 wurde das Lehnverhältniss gelöst (zugleich auch für Krossen).

Fix: Territorialgeschichte des preussischen Staats. S. 44. 144.

<sup>1</sup> Im Stadtarchiv. H 84 fol. 165. Gesandte waren der schon genannte Bockwitz und neben ihm Albert Sauermann.



dass „der Kaufmann zu Posen mit Kurfürsten und Marggraf Hansen eynen Contract und Ordnung gemacht und beschlossen, keyne andere Strafe die Furleute lassen zu fahren, alleyn auf Leipzig durch die Margg nach Berlin und ferrer im Land zu Polen.“ Eine Antwort scheint dieses Schreiben nicht erhalten zu haben. Es ist interessant durch den darin zu Tage tretenden Zwiespalt der kaufmännischen und landwirthschaftlichen Kreise. Bald darauf hat Kaiser Ferdinand schon bei Lebzeiten begonnen, sich von der Last seiner Kronen zu befreien. Sein Sohn Maximilian wurde am 20. September 1562 König von Böhmen.<sup>1</sup>

#### IV.

Es sei gestattet, hier bei der Gelegenheit des Thronwechsels auf dem damaligen Zustande des Grenzzollwesens, besonders seiner Verwaltung, etwas zu verweilen.

Als der Grenzzoll eingerichtet wurde, lehnte sich die erste Organisation seiner Verwaltung an das Vorbild an, das die schon bestehende Verwaltung der Erhebung des Biergelds gab. Die dürfte sich bis zu der Zeit Lucae's<sup>2</sup> (1689) nur wenig geändert haben. „Meistentheils“, sagt er, „in eines jeden Fürstenthums Residenzstadt sitzt ein Ober Bier Accis Einnehmer von der königlichen Kammer dependirend, und in einem jeden Landstädtchen ein Untereinnehmer, welches Amt etlicher Orten gemeiniglich einer von den Rathsherren bekleidet, der die einzulaufenden Gelder dem Ober Einnehmer liefert und dieser hernach der Kammer“. Sehr ähnlich muss vor der Einrichtung des Oberzollamts die Verwaltung der Grenzzölle eingerichtet gewesen sein. Doch gab es nicht für jedes Fürstenthum, sondern stets für deren mehrere zugleich einen „obersten Einnehmer der Zollgefälle“. Die Berichte der Kammer an den Hof behandeln die Ernennung eines solchen für die Fürstenthümer Glogau, Liegnitz und Sagan. Die

<sup>1</sup> Hauptsorge der schlesischen Verwaltung in den letzten Jahren Ferdinand's war die Einrichtung des Salzregals. Das Anfang 1562 gegründete Salzamt galt auch für die Lausitz. — Berichte der Kammer vom 3. Mai und 14. Juni 1562. Staatsarchiv A A III 23 b,

<sup>2</sup> Seite 2091.

Kammer empfiehlt (am 5. December 1559)<sup>1</sup> einen Abraham von Nostiz, der schon Ober-Einnehmer der Biergefälle im Fürstenthum Glogau war, „einen richtigen und in seinem Amte emsigen Mann“. Dass man ansässige Adlige zu diesen Stellen ernannte, scheint bald abgekommen zu sein.<sup>2</sup>

Die dem Oberzolleinnehmer untergeordneten Beamten sind die Unterzolleinnehmer. Jeder hat einen Gegenschreiber zur Seite, unter Umständen auch noch einen Beschauer.<sup>3</sup> Die Schwierigkeit, für diese Stellen geeignete Personen zu finden, scheint sehr groß gewesen zu sein. Mit keinem Gedanken kam man darauf, etwa aus Böhmen, wo der Grenzzoll doch schon länger bestand, Beamte nach Schlesien zu berufen. Man nahm nur einheimische und womöglich kaufmännisch gebildete, denen man vor Unterstadtschreibern und ähnlichen den Vorzug gab.<sup>4</sup> Nun war aber der neue Zoll so gründlich verhasst, dass nach dem eigenen Zugeständniss der Kammer sich niemand, „der sonst in anderm Wege seine Nahrung haben könne“, dazu gebrauchen liess. Es waren daher meistens bankerotte Kaufleute, die mit Schimpf und Schande aus ihrem Stande ausgestossen worden waren, denen nun den Breslauer Handelsherren gegenüber die Wahrung der Staatsinteressen anvertraut war.<sup>5</sup>

Unter ihnen standen nun noch die Thorhüter und die Zollbereiter. Thorhüter finden sich nur in Breslau erwähnt. Es sind hier im städtischen Dienste befindliche Beamte, die für ihre Mühewaltung eine Besoldungszulage von der Kammer erhielten und dem Kaiser vereidet waren. In gleicher Lage war der Beamte an der Wage.<sup>6</sup> Es finden sich Klagen, dass diese Beamten zu

<sup>1</sup> Staatsarchiv A A III 23 a.

<sup>2</sup> Der Vorgänger des Nostiz war auch ein solcher, ein Niebelschütz. In den Lausitzen ist ein Herr von Schreibersdorf oberster Zoll-Commissar in Ober- und Niederlausitz. (Schreiben ans Oberamt 9. April 1561. Staatsarchiv A A III 6 c.)

In Böhmen heissen diese Beamten Obersteuereinnehmer oder Grenzzollcommissar. Gindely.

<sup>3</sup> Dass dieselbe Person Gegenschreiber und Beschauer ist, gilt als Ausnahme. Staatsarchiv A A I 75 d.

<sup>4</sup> Bericht der Kammer 24. Februar 1572. Staatsarchiv A A III 23 g.

<sup>5</sup> Bericht der Kammer vom 8. Juli 1568. Staatsarchiv A A III 23 f.

<sup>6</sup> Trebelade.



sehr im städtischen Interesse befangen seien. Den Zollbereitern lag es ob, das Fuhrwerk auf den Heerstraßen zu revidiren. Es gab ihrer nur wenige.<sup>1</sup> Klein genug muss die ganze Beamten-schaft gewesen sein, die Verlegung der Zollabfertigung an die Grenze wird von der Kammer für unmöglich gehalten, da man in diesem Falle mehr als hundert Personen brauchen würde.<sup>2</sup> — Was die Gehälter der verschiedenen Beamten anbetrifft, so hatte jener Hans von Niebelschütz als oberster Einnehmer der Zollge-fälle in Liegnitz, Glogau und Sagan, 200 Thaler erhalten, musste jedoch einen Schreiber und einen Straßensbereiter aus seiner Tasche besolden. Sein Nachfolger Nostitz wollte mit 80 Thalern auskommen, verlangte jedoch ausserdem noch 10 Thaler für den Schreiber (vom Zollbereiter ist keine Rede mehr), und wenn er mit den vereinnahmten Zollgefällen nach Breslau reiste, für den Tag 20 Kreuzer „Liefergeld“.<sup>3</sup> Ein Untereinnehmer erhielt 250 Gulden, hatte jedoch davon noch einen Schreiber zu besolden, ein Gegenschreiber 120 — 180, ein Beschauer bis 100 Gulden. Was ein Zollbereiter erhielt, ist aus dieser Zeit nicht überliefert, für ihn kam auch der Ertrag der confiscirten Contrabande in Betracht. Ein Drittel musste ihm auch dann gelassen werden, wenn die andern beiden Theile im Gnadenwege dem Defraudanten wieder zugestellt wurden.

Die Controlle wurde in der Weise ausgeübt, dass jedem Untereinnehmer ein Gegenschreiber zur Seite stand. Sie stellten den Fuhrleuten für die ins Ausland gehenden Waaren „Polleten“ aus, die den Zollbereitern vorzuzeigen waren.<sup>4</sup> Da diese nun sich durchaus nicht nur an der Grenze, vielmehr in den Städten aufhielten und daher solchem Gute, für das keine „Polleten“ aufzuweisen waren, nicht ansehen konnten, ob der Zoll hinterzogen sei, oder nicht (wenn das Gut für den Binnenverkehr bestimmt war), so war der Reibereien kein Ende. Der Erlös aus dem Verkauf confiscirten Gutes wurde (soweit ihn nicht Zollbereiter und Denunzianten beanspruchten) nach einem auch in andern

<sup>1</sup> Nach 1619 nur einen für die Fürstenthümer Liegnitz, Schweidnitz und Jauer.

<sup>2</sup> Bericht vom 14. December 1558. Staatsarchiv A A III 23 a.

<sup>3</sup> Bericht der Kammer 15. December 1559. A A III 23 g.

<sup>4</sup> Memoriale der Kammer vom 10. April 1564.

Ländern üblichem Brauche als Fonds für Gnadengeschenke angesehen, und zwar sollten in erster Reihe die „Exspectanzen“ der Mitglieder der Kammer berücksichtigt werden.<sup>1</sup> Diese besondere Vergünstigung fand solche Missbilligung, dass sie schon 1561 aufgehoben wurde.<sup>2</sup>

Der neue König von Böhmen kam im December 1563 zur Huldigung nach Breslau. An die Festlichkeiten schloss sich ein Fürstentag an, der seine Gravamina am 21. December 1563 überreichte, darunter auch Klagen über die Zölle.<sup>3</sup> Besonders wird geklagt, dass dieselben „nicht allein von Kaufmannswaaren genommen, sondern man undstände sich auch denselben von Ross, essenden und trinkenden waren, die von einem ampte ins andre ihm lande geführt, ja demjenigen, so ein Fürst dem andern verehrt, dessgleichen was zu hochzeitlichen ehren, wirtschafften und freuden gebraucht wird, zu fordern.“ Ausser durch solche willkürliche Forderungen verübten die Zollbereiter auch durch Zerschneiden von Ballen und Aufschlagen von Kisten und Fässern den ärgsten Muthwillen.

Es lag Maximilian fern, diese Beschwerden schroff zurückzuweisen, ja er war sogar bereit, den Grenzzoll ganz abzuschaffen, wenn die Fürsten und Stände an seiner Stelle eine weniger drückende und gleich einträgliche Abgabe vorschlagen könnten.<sup>4</sup>

Davon konnte keine Rede sein. Aber auf Veranlassung des Kaisers übersandte die Kammer an den Hof ein umfangreiches Memoriale über Reformen in der Zollverwaltung (10. April 1564).<sup>5</sup> Die wichtigsten Punkte sind die Herabsetzung einer

---

<sup>1</sup> Kindler fühlte sich einst übergangen und schrieb umgehend an den Kaiser (4. November 1558), nicht ohne hervorzuheben, dass er in „an und aufrichtung dieses neuen Zolls dardurch solche Waaren aufgehalten, nicht kleine Muhe und Arbeit gehabt und ihm die aufrichtung desselben in den beiden Marggraffthumben Lausitz jetzo auch auferlegt sei“. Staatsarchiv A A III 23 a.

<sup>2</sup> Schreiben an das Ober-Amt. Staatsarchiv A A III 6 c fol. 312.

<sup>3</sup> Fricke: Maximilian II. und der Fürstentag zu Breslau im December 1563. Breslauer Dissertation 1878. Seite 36 ff.

<sup>4</sup> Fricke: S. 39.

<sup>5</sup> Staatsarchiv A A III 23 c.



ganzen Reihe einzelner Zölle,<sup>1</sup> das Verbot der Ausfuhr von Pulver und Salpeter, um dessen Aufhebung sich die Polen bemühten, die Einführung einer allgemeinen Verkaufssteuer auf Heringe und andere gesalzene Fische, vor der die Kammer entschieden abräth. Ebenso ist sie gegen eine Herabsetzung der Seidenzölle nur für die Durchfuhr, da dies eine Härte gegen die einheimischen Kaufleute sein würde. Für die Röthe sei der alte Modus der Verzollung beizubehalten, die Ausfuhr von Röthekeimen bei strenger Strafe ganz zu verbieten.<sup>2</sup> Endlich seien die Zollbereiter an die Grenze zu verlegen, wo sie viel nothwendiger seien, die Contrabande zu hindern. Diese Verlegung der Controlle an die Grenze ist der bei weitem wichtigste neue Gedanke. Durch seine Verwirklichung wurde der Ansatz zu einem freien Binnenverkehr geschaffen, freilich nur in so weit Strafsenzwang und Privatmauthen nicht hindernd dazwischen traten.

Leider ist das Zollmandat, das am 14. September 1564 dem Oberamte zuging,<sup>3</sup> nicht vorhanden; aus den dürftigen Notizen wissen wir nur, dass es in der That die Ausfuhr von Röthekeimen verbot, und dass es eine Neuerung in den Münzfuss enthielt, in dem der Zoll zu bezahlen war. Das Mandat von 1557 hatte bestimmt, es solle der Zoll nach schlesischem Werth, der Thaler zu 72 Kreuzer, der Weissgroschen zu 6 Weisspfennig oder 12 Heller und der Kleingroschen zu 3 Weisspfennig oder 6 Heller genommen werden. Dafür hiess es nun, der Zoll solle „nach jetzigem und des Reiches Münzwert“, der Thaler zu 68 Kreuzern und der Groschen für 2 Kreuzer oder 12 Heller und der Halbgroschen für 6 Heller bezahlt werden. Die Neuerung

---

<sup>1</sup> Der Zoll auf Ochsen solle für die lausitzischen Zollstädte von 15 auf 12 Kreuzer herabgesetzt werden. Es sei sonst zu fürchten, dass sich der polnische Viehhandel in die Mark ziehen würde. Ferner seien herabzusetzen die Zölle auf fremde Tücher, Hüte, Hopfen, Zinn, Kupfer, Messing, Alaun, Blei, Mühlsteine, Pfeffer, Safran, Leder, Seide, Unzengold, Galler Leinwand, Unschlitt.

<sup>2</sup> Nach dem Bericht der Kammer vom 14. December 1558 (Staatsarchiv A A III 23 a fol. 37) scheint ihre Ausfuhr schon früher verboten gewesen zu sein.

<sup>3</sup> Staatsarchiv. A A III 6 d.

fand wenig Anklang und wurde ziemlich schnell wieder beseitigt.<sup>1</sup>

In welchem Verhältniss das Zollmandat von 1564 zu dem steht, das die Kammer am 6. Februar 1568 dem Bischof von Breslau zustellte, muss dahin gestellt bleiben.<sup>2</sup> Das Mandat beginnt mit der herkömmlichen Aufzählung der Obrigkeiten, denen es zur Nachachtung empfohlen wird — Ober- und Untereinnehmer, Zollbereiter, Geleitsleute,<sup>3</sup> Gegenschreiber und Verweser, enthält aber über die Zollcontrolle neue und genaue Angaben: „Und ob woll eyn Zeyt her etliche vormaindt, den Zoll nicht eher zu geben, sie sein denn damit auff die Granitz khomben. Daraus aber die Zeyt her, hinn und wieder allerley unterschleiff und abbruch des Zolles vermerket worden, so ordnen, setzen und wollen wir, das hinfuran in allen Städten oder Zoll Stellen, Auch sonst im Landt, was darinnen khaufft oder aufgeladen, und in frembde Landtt verfurtt wurdet, dasselbe allspaldt, bey uns an der ersten Zoll Stell, eyn jeder bey seinem Aydt und gewissen Rechtmassiger und geburlicher weis ansagen und Volgends darauff den gepuerenden Zoll davon Entrichten und bezahlen, daruber Im allgestaldt eine Quittung gegeben, mit der er farren bis an die Granitz und letzte Zhollstadt khomben, und dieselbe den botten zeigen und weisen wird mögen“.

Auf die Zollabfertigung fällt weiteres Licht durch einen Bericht der Kammer vom 8. Juni 1568.<sup>4</sup> Danach wurde dem einheimischen Kauf- und Handelsmanne alle Quartale ein Auszug aus der Zollrolle zur Bezahlung zugestellt. Diesen Brauch empfiehlt die Kammer unter allen Umständen beizubehalten, da seit seiner Einführung (die noch nicht lange hergewesen zu sein scheint) der Zoll an „Furcht, Abscheu und Verachtung“ wesentlich verloren

<sup>1</sup> Im Zollmandat von 1578. Die verschiedenen Münzfürse in den Anlagen zu den Fürstentagsverhandlungen vom Februar 1587. Staatsarchiv D. 314 c e e.

<sup>2</sup> Das Concept im Staatsarchiv A. A. I. 74 a. Eine Notiz des Begleitschreibens bemerkt, dass dieses Zollmandat dem Bischof in seiner Eigenschaft als Fürst (nicht als Oberstem Hauptmann) zugegangen sei.

<sup>3</sup> Geleitsleute nur erwähnt in einem Bericht der Kammer vom 2. April 1572, wo ihre Anstellung und Besoldung als Pflicht des Oberzolleinnehmers bezeichnet wird. (Staatsarchiv A A III 23 g).

<sup>4</sup> Staatsarchiv A A III 23 f.



habe. Freilich könne es vorkommen, dass ein Kaufmann an den Quartalstagen auf die Jahrmärkte verreist sei. Hege man gegen ihn Verdacht, so lasse man ihn durch den Rath „beschieden und zur Richtigmachung auffordern“.

Der Tarif weist zahlreiche Ermäßigungen auf, so sind die Zölle auf Leder, Unschlitt, Messing, Alaun, Blei ganz bedeutend, den Anträgen der Kammer meist entsprechend, herabgesetzt,<sup>1</sup> die nur in wenigen Punkten nicht Nachachtung gefunden haben. So sind die Zölle auf gewisse Tücher, wie Mechlische und Zwickische dieselben geblieben. Pfeffer soll fortan nach Säcken, Saffran nach „Stumpen“, Galler Leinwand nach Ballen verzollt werden. Die Ausfuhr von Pulver und Salpeter bleibt verboten. Neu ist noch eine Clausel, dass auch solche Waaren, die im Zollmandat nicht aufgeführt seien, doch zum Zoll „den Andern in ihrem werdt, Acht und khauff gleich“ herangezogen werden sollten.<sup>2</sup> Wir dürfen wohl annehmen, dass Fürsten und Stände in dem oder den neuen Mandaten viele ihrer Wünsche verwirklicht sahen. Aber leider war keine Aussicht, dass dieser Zustand lange anhalten würde. Der Grenzzoll brachte in der That sehr wenig ein. Befreiungen von seiner Zahlung scheinen nicht selten gewesen zu sein,<sup>3</sup> Ober- und Untereinnehmer waren oft nicht in der Lage, den Betrag, den ihre Rechnungsbücher aufwiesen, auch wirklich ins Rentamt abliefern zu können und blieben ihn schuldig, und was dann endlich einkam, war schon vorher zur Bezahlung älterer Schulden bestimmt. Auf den Erträgen des Grenzzolls lagen damals<sup>4</sup> solche Verweisungen in der Höhe von 42000 Gulden und es galt kaum für möglich, sie in den nächsten zwei Jahren abzutragen. Der Grenzzoll in der Lausitz war kaum eingerichtet, als sein Ertrag schon an einen Augsburger Handelsherrn ver-

<sup>1</sup> Alle Leder auf die Hälfte, Unschlitt auf ein Drittel des vorigen Zolls. Vom Centner Messing und Alaun werden statt einem halben Thaler nur 15 und 12 Kreuzer genommen.

<sup>2</sup> Für die Lausitz war ein neues Zollmandat vom 27. Januar 1565 erschienen, das den Ochsenzoll herabsetzte. (Staatsarchiv A A III 23 d).

<sup>3</sup> So wird einem polnischen Magnaten der Zoll für 10 Fuder Ungarwein „zu seinem Hausgebrauch“ erlassen. (Kammerbericht vom 27. November 1568. Staatsarchiv A A III 23 ff.)

<sup>4</sup> Bericht der Kammer vom 30. April 1567. A A III 23 l.

pfändet wurde.<sup>1</sup> Unter diesen Umständen wurde man an der Rentabilität des Grenzzolls irre und sann auf andre Mittel. Als ein solches erschienen besonders weitere Verkaufsteuern. Die auf Röthe hatte sich vorzüglich bewährt, aus ihr floss ein großer Theil der Summe, die als Ertrag des Grenzzolls aufgeführt wird. Andere hatten schon vor Einführung des Grenzzolls bestanden, so 1529 eine auf Getreide, Bier, Karpfen, Wolle, Salz, die später öfters von neuem bewilligt worden<sup>2</sup> ist. Bewährt scheinen sich die Steuer hier so wenig wie in Böhmen gehabt zu haben.<sup>3</sup>

Dort hatte man 1534 eine so ziemlich auf jeden Waarenumsatz eingeführt, die schon 1537 unter allgemeiner Zustimmung verschwand. An ihre Stelle waren die Grenzzölle getreten. Kaiser Maximilian war den Verkaufsteuern so abgeneigt, dass er 1564 Anlass nahm, sich energisch gegen sie auszusprechen: sie passten für ein kleines italiänisches Fürstenthum, doch nicht für ein größeres Territorium. Auch in Oesterreich hob er sie auf. Nun sah er sich doch genöthigt, durch seine Commissare beim Fürstentage neben einer Kopfsteuer und strafferer Anziehung der Schatzungssteuer auch wieder einmal Verkaufsteuern anempfehlen zu lassen. Man dachte an Getreide — das zum Brennen aufgenommen — Teichfische und Wolle.

Zunächst kam es jedoch noch garnicht zu einem schlesischen Fürstentage, für den jene Commissare am 10. Juni 1569 schon ihre Instructionen erhalten hatten, sondern zu einem Generallandtage in Prag. Er wurde am 19. December 1569<sup>4</sup> eröffnet und die schlesischen Gesandten trugen ihre Gravamina vor. Sie verlangten kurzweg Beseitigung des Grenzzolls. Ihre Gründe sind die alten; das Privilegium Wladislai, die Schädigung der aus wohl-erworbenen Privilegien der Fürsten und Stände herrührenden Zolleinnahmen, aus deren Ertrag nach wie vor Brücken und Straßen in stand gehalten werden müssten, der verminderte Verkehr der Polen auf den schlesischen Märkten, die nur noch verkauften und mit dem gelösten baaren Gelde abzögen, anstatt es wie früher in Waaren anzulegen, u. s. w. Die Klagen, dass

<sup>1</sup> Schreiben aus Ober-Amt 16. März 1559. Staatsarchiv A A III 6 c.

<sup>2</sup> 7. August 1529. Staatsarchiv A A III 6 c.

<sup>3</sup> Gindely: Böhmisches Finanzen.

<sup>4</sup> Verhandlungen der böhmischen Stände. III. 488.



die Zollbereiter unrechtmäßiger Weise höhere Zölle erpressten, finden sich auch hier wieder und beweisen, wie wenig die Reformen der letzten Jahre ausreichten. Neu ist, dass auch hier die Behauptung sich findet, dieser lästige Zoll sei auch durchaus unrentabel und reiche an vielen Stellen kaum aus, um die Beamten zu besolden.<sup>1</sup>

Wenn die schlesischen Fürsten und Stände eine Abhülfe suchten, mussten sie eine neue Steuer ausfindig machen. Die böhmischen Stände bewilligten den „dreissigsten Pfennig“ von „allem dem, so im Lande verkauft und verhandelt wurde“ mit der Bestimmung, dass ihn stets der Verkäufer tragen sollte.<sup>2</sup> Von einer solchen allgemeinen Steuer wollten nun zwar die schlesischen Abgesandten nichts wissen. In Schlesien sei die Lage ganz anders wie in Böhmen, es sei ein „grantz ort“, angewiesen auf Handel und Verkehr, während hier Ackerbau und Bergwerk den Wohlstand bedingten. Zahlreiche Städte sähen auf ihren Jahr- und Wochenmärkten stets Käufer, die über die polnische Grenze gekommen wären, um Vieh, Leder, Wachs, Honig gegen Tuch, Leinen- und Eisenwaaren umzusetzen. Eine Verkaufsteuer würde diesen Verkehr schon deswegen ruiniren, da sie stets, auch wenn die Kaufsumme creditirt würde, auf dem Fleck bezahlt werden müsste. Es muss dahin gestellt bleiben, ob das der wahre Grund war, ob der polnische Bauer in Rosenberg oder Peiskretscham nicht den Preis für seine Ochsen oder seinen Honig in minderwerthigen Kaufmannsgütern empfing, von deren fictiven Werth der Händler hätte seine Steuern bezahlen müssen. Und trotz alledem versprachen die schlesischen Abgesandten, für den Fall, dass der „hochbeschwerliche neue Zoll abgewandt würde, eine Verkaufsteuer auf Getreide, das im Lande bleibt, einheimische und fremde Tücher, Leinwand, Kleinodien, Spezereien, Kram und Pfennwerth — (20 Kreuzer von 100 Gulden Werth) — ferner Wachs, Oel, Honig, Unschlitt, Leder, Fischthran, Kupfer, Blei, Zinn, Messing, Alaun, Salpeter, Schwefel, während von Mühlensteinen, Ochsen, Hopfen, die Steuer nur dann gegeben werden soll, wenn die Waare aus dem Lande geht, von Kriegsmunition

---

<sup>1</sup> Staatsarchiv in D 314 b c.

<sup>2</sup> Staatsarchiv D 314 b.

nur dann, wenn sie auch von Fremden ins Land gebracht war; die Steuer auf Röthe will man auf 3 Kreuzer und wenn ein Fremder als Käufer auftritt, sogar auf 4 Kreuzer erhöhen.<sup>1</sup>

Mittlerweile wurde der böhmische Landtag geschlossen und den schlesischen Ständen blieb es überlassen, die von ihnen übernommene Quote aufzubringen.<sup>2</sup> Ehe der schlesische Fürstentag in Breslau zusammentrat, reichten Fürsten und Stände am 8. Mai 1570 ein neues Memoriale voller Klagen über den Grenzzoll ein. Sie schilderten wieder den traurigen Verfall des Breslauer Handels, wie die Kaufleute ihre Häuser den Kretschmern verkauften, und ihr Geld lieber in Landgütern anlegten, und wie an alledem nur die Zölle, nicht, wie man dem Kaiser eingeredet habe, andere Gründe, wie Kriegswirren etc. schuld wären. Darauf erfolgte eine Antwort,<sup>3</sup> die äusserst scharf mit den Klagen ins Gericht ging. Zunächst wird das Privilegium Wladislai abgefertigt, das nur besage „dass ehr und seine Nachkommen keinen Standt wer der sey ainychen newen Zoll aufzurichten oder die vorigen zu erhöhen ohne der Stend Bewilligung nicht zuelassen noch verstatten sollen, als er aber ihnn und seinen nachkommen desshalb vorschnitten haben solte, das ist nicht zue befinden, sondern villmer daraus zu schliessen, dass ehr und seine Nachkommen, alss die Obriste Landfurst solche und dergleichen Zöll und Regalien aufzurichten vorbehalten und wie gemelt allein den Stenden darin Zill und mafs gesetzt, dawider die Stende bishero nie khein ander Privileg furgebracht haben“.

Uebrigens müssten alle im Besitz der Fürsten und Stände befindlichen Zölle ihnen nach wie vor entrichtet werden, so dass der neue Zoll ihnen keinen Abbruch thun könne. Ebensovienig sei der Einwand berechtigt, dass durch den Grenzzoll der Ertrag der andern „hilffen, Steuern und Biergelder“ geschmälert würde.

---

<sup>1</sup> Diese verschiedene Behandlung fremder und einheimischer Käufer finden sich hier zum ersten mal. Erklärung der schlesischen Abgesandten vom 3. Februar 1570. Staatsarchiv D 314 b.

<sup>2</sup> Der Schluss des Landtags erfolgte am 29. April. Böhmisches Landtagsbeschlüsse III 488.

<sup>3</sup> Des Kays. Maytt. Antwort auf der Fürsten und Stend in Schlesien General- und Particularbeschwerden. Ohne Datum, doch wohl hier einzureihen. D 314 b,



Alle andern Steuern trafen nicht das „Kaufmannsgut“, sondern nur die liegenden Gründe. Steuern auf das mobile Kapital, das Kaufmannsgut, die von den Städten erhoben würden, könnten natürlich nicht in Betracht kommen. Den Zoll trüge nur der Händler, nicht die „Stende oder Einwohner“. Ganz falsch sei, dass der ganze Ertrag in den Kosten der Verwaltung aufginge, doch müsse man selbstverständlich nicht verlangen, dass jedes einzelne Zollamt sich rentire. Von einem Verfall des Breslauer Handels will diese Antwort nichts wissen, ob denn in Breslau das Gras auf den Straßen wachse? Seien doch vielmehr die Häuser dort höher im Preise denn je. Aber freilich kann auch die „Antwort“ nicht grade eine glänzende wirthschaftliche Lage behaupten. Doch schiebt sie den Rückgang von Handel und Gewerbe lieber auf Krieg und Epidemien als auf den Zoll. Auch wird — und sehr mit Recht — hervorgehoben, dass auch früher nicht aller Handel mit „Polen, Reussen und Preussen“ über Breslau gegangen sei, der aus Grofs-Polen und Russland sei stets über die Mark ins Reich gegangen, wie der aus Klein-Polen stets über Schlesien. Nie würde der letztere den Weg über Posen einschlagen. Die Breslauer Handelsherrn seien den Fremden gegenüber engherzig, dazu so indolent, dass sie ihre Niederlagsprivilegien hätten ruhig in Vergessenheit gerathen lassen. Die habsüchtigen Kaufleute, die „von der Ellen nicht über ein Kreuzer Zoll geben, woll mehr als einen halben Taler auf yede Elle aufgeschlagen“ haben, hätten mit ihren Klagen die Fürsten und Stände „also die die Gewerbe und handtierungk, sonderlich aber der Kauffleutte Practica nicht woll bericht sein“, irre geführt zu der Annahme „dass solte der Zoll der nun zwölf Jahre gestanden und bisshero an seinem ertrage nicht gefallen ist, die handtierungk und gewerb, so woll auch die besuchungk der Landt und Strafsen abtreiben“.

Als nun der Fürstentag am 18. Juni 1570 zusammentrat, hatten zwar die Commissare Auftrag den Ständen zu bedeuten, in Erwägung zu ziehen „auf was weis und weege eine solche Summa, so vill der Grenzzoll austrage, ohne ihr der Fürsten und Stende beschwerung, auch ohne abbruch Ir. Maytt. bewilligten Hülfen“ aufgebracht werden könnte. Aber das zeigte sich eben als unmöglich und der Schluss vom 1. Juli 1570 erklärte resignirt „Wegen des newen Gräntzzolls müssen sich die Stände gedulden

und wissen dergleichen Einkommen im Lande gar nit anzuweisen“.<sup>1</sup>

Zur Deckung der Quote, zu der sich die schlesischen Fürsten und Stände durch ihre Abgesandten in Prag hatten bereit finden lassen, schritten sie zur Einführung einer Verkaufsteuer, die hinter den Vorschlägen vom 3. Februar d. J. natürlich zurückblieb, sich aber doch noch auf Getreide,<sup>2</sup> Erbsen, Hierse, Leinsamen, Welsche Nüsse,<sup>3</sup> Fischwaaren,<sup>4</sup> Mühlsteine,<sup>5</sup> Obst,<sup>6</sup> Wein<sup>7</sup> erstreckte.

Diese Verkaufsteuer, welche alle eigentlichen Kaufmannsgüter bei Seite liess, und nur die Landwaare traf, sollte, allerdings in Verbindung mit einer Judensteuer in einem Jahre 100,000 Thaler bringen, während der Ueberschuss des Grenzzollertrags nach der „Antwort“ nur 40,000 Gulden jährlich betrug.<sup>8 9</sup>

Die nächsten Jahre brachten für die schlesische Verwaltung wichtige Reformen. Die schlesische Kammer erhielt am 1. Mai 1572 ihre neuen Instructionen,<sup>10</sup> welche die frühere Unterordnung unter die böhmische Kammer aufhoben und sie nur noch der kaiserlichen Hofkammer unterordneten. Der Stand der Regalien wurde sorgfältiger Prüfung unterworfen. Commissare der Kammer revidirten die Verwaltung der Domänen im Fürstenthum Oppeln-Ratibor und empfahlen ihre Verwaltung dem Landeshauptmann, der schon genug mit Justiz- und Hoheitssachen zu thun hatte,

<sup>1</sup> Schickfus: III 218.

Dass derselbe Fürstentag in der Schatzungssteuer tiefgreifende Aenderungen durchsetzte, die ihre Verwaltung den Ständen auslieferte, wurde schon oben erwähnt.

<sup>2</sup> Vom Scheffel 4—8 Heller; — <sup>3</sup> 12 Heller; — <sup>4</sup> Vom Thalerwerth 3 Heller; — <sup>5</sup> Vom Guldenwerth 3 Heller; — <sup>6</sup> Vom Stein 4 Heller; — <sup>7</sup> Vom Eimer 2—4 Kreuzer.

<sup>8</sup> Das Patent des Obersten Hauptmanns vom 9. Juli 1570 gedruckt im Staatsarchiv. Daran, dass der Verkäufer die Auflage zu tragen hatte, hielt man fest. Nur bei Getreide, das ins Ausland ging, hatte auch der Käufer die Steuer, die hier „gedoppelt erhoben“ wurde, mitzutragen.

<sup>9</sup> 1558 soll er allerdings in drei Monaten 24,000 Thaler gebracht haben. Vergleichsweise sei bemerkt, dass das trigesimum in Böhmen 1570 — 45 962 Gulden brachte, um dann immermehr, 1573 bis auf 2185 Gulden zu fallen. Gindely.

<sup>10</sup> Handschriftlich und unvollständig im Staatsarchiv A A 2 c. Vom 1. Mai ist die neue Kammerordnung, vom 5. sind die Instructionen für Kanzlei und Buchhalterei.



zu nehmen und dem Burggrafen von Oppeln direkt unter der Breslauer Kammer zu übertragen.<sup>1</sup> Es konnte nicht fehlen, dass auch die Verwaltung der Grenzzollerhebung berücksichtigt wurde. Die Grundzüge der Reform finden sich in einem Bericht an den Hof vom 24. Februar 1572, wohl einem der letzten Werke Fabian Kindler's, der bald darauf plötzlich starb.<sup>2</sup>

Dieser Bericht empfiehlt Vereinfachung der Verwaltung. Bis jetzt hatte es drei Oberste Einnehmer der Zollgefälle gegeben, dem Abraham von Nostitz, der s. Z. zum Obersten Einnehmer in den Fürstenthümern Glogau, Sagan und Liegnitz bestellt worden war, hatte man mittlerweile Liegnitz genommen und einem eigenen Obereinnehmer, Martin Schubart, gegeben. Hans Hertwig war Obereinnehmer für ganz Oberschlesien. Diese hohen Beamten nahmen nicht nur ihre hohen Gehälter in Empfang, sondern sie machten auch „Restanten“. Nostitz war kurz vorher gestorben und hatte noch 3000 Thaler an die Kammer abzuliefern.<sup>3</sup> Seine Stelle ist nicht wieder besetzt worden. Schubart wurde bei Seite geschoben und Hans Hertwig, der seit 1569 Oberzolleinnehmer in Oberschlesien war, wurde nun als solcher von ganz Schlesien vorgeschlagen. Sein Gehalt wurde reichlich bemessen,<sup>4</sup> trotzdem wurde eine Ersparniss von 246 Gulden 40 Kreuzer jährlich berechnet. Aber nicht deswegen sei die Neuordnung so empfehlenswerth, sondern weil die „geföll nit durch so viel Hände gehen und wie bishero beschehen, allerley gefährlichen Anstoss leiden dürfen“. Der Oberzolleinnehmer hatte alle Quartale in den größern Städten die Zollerträge selbst abzuholen (doch nicht in Breslau), aus den kleinern Orten mussten sich die Unternehmer bei dieser Gelegenheit einfinden. Damit war seine Amtsthätigkeit erschöpft, die Zollbeamten standen noch unter der Kammer, nur bei der Bestellung von Zollbereitern hörte man auch sein Gut-

---

<sup>1</sup> Bericht der Kammer 17. April 1572. Staatsarchiv A A III 23 g.

<sup>2</sup> 14. April 1572. Cunradi Silesia togata. Staatsarchiv 84 fol. 337.

<sup>3</sup> Bericht an den Hof. Staatsarchiv A A III 23 g. (16. Juli 1572).

<sup>4</sup> 300 Gulden, dazu 50 Gulden zur Deckung der Auslagen und „Liefergeld“. Das letztere war durch die neue Kammerordnung einheitlich geregelt und „in Commission Zehrung auff Ross und Mann, Tag und Nacht dreissig Kreutzer“ normirt worden. Früher hatte es nur 20 Kreuzer betragen.

achten.<sup>1</sup> — Zur Sicherung von Unterschleifen der Untereinnehmer wurde es nun eingeführt, dass sie Cautionen stellen mussten. Auch Hertwig's Nachfolger hat eine solche stellen sollen. Da er nicht in der Lage war, so verpflichtete er sich nach einem halben Jahre der Kammer ein Darlehn von 1300 Gulden zu machen, die es ihm mit 8% zu verzinsen hat.<sup>2</sup> Der sparsame Zug macht sich auch in den sich mehrenden Verweigerungen von gnadenweisen Zollbefreiungen bemerklich.<sup>3</sup>

Im Zusammenhang mit der selbstständigen Stellung, die nun die schlesische Kammer einnahm, steht wohl, dass die Verbindung in der die Lausitz mit der schlesischen Zollverwaltung stand, gelöst wurde. Sie wurde der böhmischen Kammer untergeordnet, was für die schlesische eine Verminderung der Einnahmen bedeutete, gegen die sie sich nun zu schützen suchte, besonders unter Berufung auf die hohen Verweisungen, die auf den Erträgen der lausitzer Zolle lagen, und die nicht mit übertragen worden waren.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Falls er an seiner Rundreise verhindert war, mussten sich die Untereinnehmer selbst nach Breslau aufmachen. Staatsarchiv A A I 75 a a, wo die Kammer den Unterzolleinnehmern in Glogau, Paul Stölzel und Christoph Specht diese Mittheilung macht.

<sup>2</sup> Bericht an den Hof vom 10. Juni 1577; ebenda vom 14. März 1577 — die Bürgschaft für einen Gegenschreiber am Grenzzollamt auf 2000 Gulden festgesetzt.

Staatsarchiv A A III 23 l.

<sup>3</sup> z. B. empfiehlt die Kammer (16. December 1574) dem Kurfürsten von Sachsen, der für seinen Hof 200 Ochsen zollfrei ausführen wollte, abschlägigen Bescheid zu geben. Staatsarchiv A A III 23 i.

<sup>4</sup> Berichte an den Hof vom 26. August 1572, 29. October 1572, 20. April 1574. Staatsarchiv A A III 23 g. AA III 23 i.

Eine der letzten Verfügungen der schlesischen Kammer, die auf die Lausitzen bezug nimmt, regelt die Erhebung des Ochsenzolls. Die Händler klagten, dass für Ochsen, die sie auf den Viehmärkten verzollt und schon ehe sie die Grenze passirten, verkauft hatten, der Zoll nicht zurückgegeben wurde. Es wurden darauf auf 100 Ochsen 6 „Freiochsen“ bewilligt. (6. April 1572).

Staatsarchiv A A III 23 g.



Hertwig hat seinen Posten nicht lange inne gehabt. Am 15. September 1585 wurde Wenzel Eckher „gewesener Hofkammerdiener“ zum Oberzolleinnehmer in Schlesien,<sup>1</sup> unter gleichem Gehalt wie Hertwig.<sup>2</sup> Wie dieser, nahm er seinen Wohnsitz in Oppeln.<sup>3</sup>

---

V.

Kaiser Maximilian war gestorben und Kaiser Rudolf sah sich bald genöthigt, zu der Frage der schlesischen Zollverwaltung Stellung zu nehmen. Die Breslauer Kaufleute verfehlten nicht in den herkömmlichen Wendungen dem Kaiser das verödete Breslau zu schildern. Die „Einlieger, fremden Kaufleute und ansehnlichen Gesellschafter“ seien verschwunden, die einheimischen Handelsherren verkauften die Häuser in der Stadt. Jedes dritte Haus, selbst solche in der besten Lage am Ringe, sei zum halben Preise verkäuflich, „wie solches die Zettel, so hin und wieder an den Häusern stehen, ausweisen.“ Alle Capitalien würden in Landgütern angelegt.<sup>4</sup>

Wie wenig man in Wien von diesen Declamationen hielt, beweist ein Blick auf die Einleitung zu den renovirten Zollmandat vom 13. November 1578.<sup>5</sup> Es heisst da wörtlich:

„Alss noch weylandt der Allerdurchlauchtigste Fürst, Herr Ferdinandt Römischer Khayser unser geliebtester Herr und Anherr hochlößlichster Gedächtnuss den Zoll in Schlesien, welchen Ir. Kays. Maytt. und Liebd. auss hochanliegenden und wol befugten ursachen und fürnemblichen, zu desto mehrerer beschützung derselben landt und getreuer Unterthanen, und widerstand des allgemeinen Christlichen Erbfeindes des Türkhen, verwirktes 57 Jahres

---

<sup>1</sup> Bericht an den Hof. Staatsarchiv A A III 23 I fol. 138 — vom 23. Januar 1576 in A A III 23 k.

<sup>2</sup> Er bittet um Erhöhung der Liefergelder, da alle Preise gestiegen sein.

Staatsarchiv A A III 23 l.

<sup>3</sup> Staatsarchiv F Br. I 12 f.

<sup>4</sup> Stadtarchiv 85 fol. 243 vom 15. August 1577.

<sup>5</sup> In Abschrift im Staatsarchiv A A I 79 b,

aufrichten und Publicieren lassen, Volgendts auch nachdem dagegen etzliche beschwerden bey Irer Kays. Maytt. und Liebden, für angewendet worden, in viel Wahren und Gattungen, unangesehen, dass andere anreynende Zöll gegen diesen nicht zu vergleichen, andere viel höher unndt gröfser sein, zu mehrmalen linderung gethan, Nichts minder weiland Kaiser Maximilian unser geliebtester Herr unndt Vater, auch hochlöblichen und Seligsten gedächtnuss, obwol Ir. Kays. Maytt. und Liebden gleichfalls mit hohem und vielfaltigen kriegs und andern aufgaben beladen gewesen und welches willen Ir. Kays Maytt. und Liebden guetten fueg und ursach gehabt hatten, diesen Zoll und andere derselben Einkhomben auch zu mehren und zuerhöhen, danacht Iren Landen und getreuen Unterthanen und sonst manniglich zu sondern Gnaden und besten, über die zuvorbeschehene linderung und nachlassung in etlichen fürnembsten stückhen und wahren, mehr bemerkten Zoll gegen den vorigen auch umb was grofs und ansehlchs gelindert. Und wir aber berichtet, dass unangesehen desselben allen nichts minder durch ezliche In und Ausländische Hande's und Gewerbsleute in vielen Puncten und artikeln solchen ausgegangenen und publicierten Mandaten zuwider gehandelt, diesmal auch zum Teil die Unwissenheit, zum Teill samt die ausgegangenen und publicierten Mandaten mit absterben beyder Ir. Kays. Maytt. und Liebden erloschen waren, zu ihrem behalff für und eingewendet, so sein wir deswegen verursacht worden, damit sich in khunfftigs niemands weder mit der unwissenheit noch andern ausfluchten zu entschuldigen hab, angeregte Mandata zu renoviren etc.“

Der einzige Punkt, in dem man von den sonst lediglich bestätigten alten Mandaten abwich, betraf die Regelung des Münzfußes, in dem die Zölle bezahlt werden mussten. Hier soll der Thaler wieder, wie es bis 1564 der Fall gewesen war, mit 72 Kreuzer berechnet werden. Fürsten und Stände hatten sich wiederholt schon um Abbestellung der Neuerung bemüht. Das Ausfuhrverbot von Pulver und Salpeter blieb aufrecht erhalten und wurde auf alles Kriegsmaterial ausgedehnt.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Ausfuhrverbote durch Specialmandata finden sich mehrfach, so eins auf Pferde vom 23. Juni 1561, eines auf Getreide, Mehl, Brot vom 22. September 1567. Staatsarchiv A. A. III b c III b d.



Neu ist ein Zusatz, der Strafandrohungen enthält gegen solche, die den „Polletzettel oder Quittung“ in betrügerischer Absicht an der Grenze nicht abgaben, um ihn dann nachträglich bei der Buchhalterei einzureichen und unter der Vorspiegelung, sie hätten die betreffenden Waaren im Lande verkauft, die Zurückzahlung des Zolls zu verlangen.<sup>1</sup>

Am 25. Mai 1579 trat ein Fürstentag zusammen, der sich wieder einmal genöthigt sah, eine Verkaufssteuer zu bewilligen, die sollte jedoch in mehreren Fällen nur dann erhoben werden, wenn die Waare aus dem Lande ging, war also weniger eine „Verkaufssteuer“ als ein Ausfuhrzoll, den die Stände auf ihre Rechnung neben dem königlichen erhoben. Betroffen wurden nur Pferde (1 Thaler, ein Klepper oder Füllen 1 Ortsthaler) und Getreide (Weizen, Roggen und Gerste, vom Scheffel ein Weissgroschen), während die Anlage auf Wein, gleichgültig, ob er ausgeführt oder im Lande verschenkt wurde, als eigentliche Verkaufssteuer entrichtet werden musste. Für diese nur für ein Jahr bewilligte Steuer und ihre Erhebung einen eigenen Beamtenapparat einzurichten, ging nicht an, und so einigten sich Fürsten und Stände dahin, dass mit der Erhebung der Anlage in den Städten die Einnehmer des Bierzolls zu beauftragen seien, während zur Verhütung von Contrabande die kaiserlichen Zollbereiter auch von den Fürsten und Ständen in Sold und Pflicht genommen werden sollten. So wie es beim Grenzzoll geschah, wurde auch hier denen die Pferde, Getreide oder Wein ausführten, Polleten mitgegeben, die sie an der Grenze den Zollbereitern wieder abzuliefern hatten. Immerhin kann man ersehen, dass die ursprüngliche Unbeliebtheit des Grenzzolls nachgelassen haben muss, wenn selbst Fürsten und Ständen ein solches Auskunftsmittel opportun erschien.<sup>2</sup> Doch ist der Fall vereinzelt, während in dem benachbarten Böhmen landtägliche Ausfuhrzölle häufig waren.<sup>3</sup> Es ist auch gewiss nicht ohne Grund, sondern ein Beweis für

<sup>1</sup> Die Verfügung, vor deren Missbrauch hier gewarnt wird, ist sonst unbekannt.

<sup>2</sup> Patent des Bischofs Martin als obersten Hauptmann in Schlesien. Neisse, den 10. Juni 1579. Gedruckt im Staatsarchiv.

<sup>3</sup> So 1534—37, 1575, 1579. Gindely: über den von 1579 Verhandlungen der böhmischen Landtage. V. 461.



die genannte Ansicht, wenn in den Fürstentagsverhandlungen der nächsten Dezenien die sattsam bekannten Klagen ganz in den Hintergrund treten. Wenn über Handels- und Zollsachen geklagt wird, so gelten die Beschwerden nicht dem schlesischen, sondern dem böhmischen Zoll. Schon auf dem Prager Generallandtage vom 9. Februar bis 14. April 1579 war von den schlesischen Abgesandten gerügt worden, dass Händler, die in Schlesien schon ihren Zoll bezahlt hätten und dann ihre Waaren bei Frauenburg über die böhmische Grenze führen wollten, dort den Zoll nochmals entrichten müssten. So sehr auch das dem Grundsatz widersprach, dass was einmal verzollt sei, in keinem andern Erblande nochmals herangezogen werden sollte; — es hat lange genug gedauert, bis der Uebelstand beseitigt wurde.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Fürstentagsschluss vom 12. Juni 1580: Der Zoll widerspreche dem böhmischen Zollpatent, das bestimme, „das wofern die Polet und Zholl Kundenschaftszettel vorgelegt werden, dass es im Königreich und desselben Incorporirten Ländern abgegeben und zahlet sei, also er noch eines weder zu Frauenburg noch andern ort im Königreich solle abgefordert werden“.

Und der Fürstentagsschluss vom 16. Februar 1584: „Der Kaiser möge verordnen, dass die Kauff- und Handelsleute von ihren Waaren, welche sy durch die Crone Behaimb hinaus ins Reich führen lassen, allhier zu Breslau, oder andern ersten Zollstätten, den gewöhnlichen granitzzoll inhalt und vermöge weilandt Kaiser Ferdinandi hochloblichen gedechtnuss Zollmandaten entrichtet, anderwärts nicht möchten zu Frauenburg mit dem Zoll belegt und also mit doppeltem beschwer prägraviret werden etc.“ — In der Instruction zum nächsten Fürstentage (d. d. 18. October 1584) heisst es, der Kaiser sei willens, dass „von allen und jeden wahren so in Schlesien geladen, die Zölle davon daselbsten als an der ersten Zollstatte erlegt, dagegen ein poleten genommen und nochmals bernuerte Wahren auf der aussersten Zollstad in Beheim, es sey nun zu Frauenburg oder andern orten gegen eine antwortung angedeuter Poleten frey passirt werden sollen.“ Aber schon im Jahre 1587 muss der Fürstentag wieder klagen, dass wie früher in Frauenburg nun in Budweis der Zoll abverlangt würde. (Siehe oben S. 14 über diesen dem „Transitzoll“ entgegengesetzte Zoll.)

Der andere Punkt, über den sich gleichfalls der Fürstentag vom October 1584 beklagt, betrifft die in Böhmen bei Confiscation von Contrabande übliche Praxis, dass ein unverzolltes Stück auf einem Frachtwagen genüge, um die ganze Ladung als verfallen zu erklären. Die Breslauer Kaufmannschaft verlangte, ungewiss mit welchem Erfolge, nicht nur Aufhebung der Bestimmung, sondern auch Ersatz der zu Unrecht confiscirten Waare. Staatsarchiv D 314 c c.



Dass die wirthschaftliche Lage nicht ungünstig war, beweist auch ein Blick auf die Summe, die der Oberste Einnnehmer nach Breslau ablieferte.<sup>1</sup> Das war im Jahre

|              |                        |
|--------------|------------------------|
| 1573 . . . . | 16428 fl. <sup>2</sup> |
| 1583 . . . . | 19512 „                |
| 1593 . . . . | 27886 „ <sup>3</sup>   |

Auch der kurze Krieg mit Polen im Jahre 1588, der mit der Niederlage der kaiserlichen geendet hatte, war ohne dauernde nachtheilige Folgen gewesen. Bei dem Friedensschluss waren auch die polnischen Compactaten erneuert worden (10. Juli 1589), und also auch die Gleichberechtigung im wirthschaftlichen Verkehr. Von den Zöllen hat der Vertrag<sup>4</sup> nichts. Aber gerade diese günstige Lage mag der kaiserlichen Gewalt Anlass gegeben haben, die Bestimmungen des Grenzzolls einer Verschärfung zu unterwerfen, zumal anderseits die Türkennoth ein starkes Anspannen der Finanzkräfte dringend erheischte.

Am 30. November 1600 unterzeichnete Kaiser Rudolf die „Reformation der Röm. Kays. Maytt. Zollmandat in Schlesien.“ Angeblich wollte er zu dieser Aenderung nur dadurch veranlasst sein, dass in den älteren Mandaten „nicht alle Waaren, so in Schlesien ein- und wieder daraus verführt wurden, specificiret und benennt worden sein“.

Ferner sei in den alten Mandaten bald nach Thalern, bald nach Gulden gerechnet worden, im reformirten seien alle Zollsätze auf einen Münzfuss (der Thaler zu 72 Kreuzern, der Groschen zu 2 Kreuzern, der Kreuzer zu 6 Heller) reduziert worden.<sup>5</sup> Aber bei dieser Gelegenheit wurden die wichtigsten Aenderungen vorgenommen: Die Einfuhrzölle waren bis jetzt auf jene Seiden-,

<sup>1</sup> Das Grenzzollamt in Breslau nahm dagegen 1583 ein: 20443 fl. 21 Kr. 2 Heller; in den Jahren 1573—76: 63997 fl. 31 Kr. 3 H., von denen 54288 fl. 50 Kr. 2 Heller an das Rentamt abgeliefert wurden.

<sup>2</sup> Davon abgeliefert 13641 fl. 42 Kr. 2 H. Besoldungen etc. verschlangen 2469 fl. 28 Kr. 1 H. Auszug der Raitungen. Staatsarchiv A A I 78 d.

<sup>3</sup> Anmerkungen in den Acta Publica V, herausgegeben von Krebs. S. 287.

<sup>4</sup> Stadtarchiv 847 fol. 356 b.

<sup>5</sup> Doch wird vom Centner Kupfer doch ein Zoll von einem rheinischen Gulden genommen.

Gold- und Silberwaaren beschränkt gewesen, die schon das Mandat von 1557 nennt. Nun wurden ihnen noch eine Reihe weiterer Luxusartikel unterworfen, ausländische Tücher,<sup>1</sup> besonders Pelzwerk; anderseits auch Kupfer, das eingeführt wurde und nicht aus kaiserlichen Bergwerken stammte.<sup>2</sup> Eine Verkaufssteuer, wie sie auf Röthe bestand, wurde auch von Wolle erhoben, vom Stein 1 Groschen.<sup>3</sup> Daneben blieb der alte Ausfuhrzoll von 2 1/2 Groschen bestehen.

Die Liste der als Ausfuhrartikel zu verzollenden Waaren ist ausserordentlich vermehrt. Oft ist ein Tarifposten in verschiedene Posten zerlegt, um bessere Qualitäten entsprechend höher zum Zoll heranziehen zu können, so Speckschweine neben den „geringen“ Schweinen und Schweidnitzer Bier neben dem gewöhnlichen. Meth und Baumöl sind ganz neu aufgenommen. Ferner: Land-Ochsen und Kühe, Gewürz, Victualien, Kränzelkraut, „Federn, Bücher, Gemäl und andere Krämerei“, auch „alte und neue Kleider, so sonderlich die Juden aus dem Lande führen“. Zahlreiche Posten sind im Zoll erhöht.<sup>4</sup>

Verboden blieb die Ausfuhr von Pulver und Salpeter, ferner von „gegossene und geschmiedte Stück und Doppelhaken mit denen dazu gehörigen Kugeln und der andern notturft“,<sup>5</sup> wer bei der Contraband ertappt wurde, verlor, wie es bisher schon bestimmt gewesen war, auch Rosse und Wagen, wer aber bei der von Gold, Brandt- und Bruchsilber betroffen wurde, sollte auch am Leibe bestraft werden. Hier erhielt der Denunziant die Hälfte, dort nur ein Drittel. Grund für diese harten Bestimmungen war das schnelle Abströmen des guten Geldes nach Polen, während

<sup>1</sup> Englische vom Stück 1 Thaler 24 gr., Niederländische 30 gr.

<sup>2</sup> Kupfer zahlte bisher einen Zoll von 15 Kr. für den Centner bei der Ausfuhr, wenn es nicht aus kaiserlichen Bergwerken stammte, sonst war es ganz frei.

<sup>3</sup> Wenn sie im Lande verkauft und verarbeitet wird.

<sup>4</sup> Siehe eine Zusammenstellung im Stadtarchiv 182 fol. 194 ff. Danach sind erhöht: Wachs (früher vom Stein 1 grsch. nun vom Thaler 1/2 grsch., d. h. vom Stein 2 1/2 grsch.), österreichische Weine (der Eimer 6 grsch. statt 4 grsch.), Sensen und Sicheln jetzt nach dem Werth, statt nach dem Stück, so dass eine Verdreifachung des Zolls die Folge war; alle Leder, Leinwand, Branntwein.

<sup>5</sup> Die andren Waffen gegen Zoll gestattet.



Schlesien mit minderwerthigem polnischen Gelde überschwemmt wurde. Um der Calamität zu steuern, hatte die Kammer befohlen, dass alle Kaufleute das baare Geld, welches sie aus dem Lande schickten, bei dem Zollamt anmelden sollten, wohl um sie zu veranlassen, lieber Waaren wegzuschicken. Darüber hatte die Breslauer Kaufmannschaft im Februar 1600 sich beschwert,<sup>1</sup> da dadurch Fuhrleute wie Zollbereiter geradezu zum Stehlen verleitet würden, und diese Bestimmung die polnischen Compactaten verletzte. Das Zollmandat erhielt in der That die beruhigende Bestimmung, dass die Kaufleute baares Geld zur Bezahlung nach Polen führen dürften, ohne dass sie es an der Zollbehörde vorzuweisen brauchten. Doch sollte den, der sich die Vergünstigung sträflich zu Nutze machte, doppelte Strafe treffen.<sup>2</sup>

Ader der Begriff „Ausfuhr“ bedeutet in dem reformirten Zollmandat auch etwas ganz anderes, als in den vorhergehenden. Die betrachteten als das Ausland, nach dem Zoll zu zahlen war, den Inbegriff aller Länder, die nicht dem deutschen Zweige des Hauses Habsburg gehörten. Das war nun anders. Nur noch die Länder böhmischen Krone, also Schlesien, Böhmen, Mähren und Lausitz, galten auch ferner noch als ein Ganzes, aber Ungarn und Oesterreich solten von jetzt an nicht anders betrachtet werden, als Polen und Sachsen. Als Grund wird angegeben, dass diese von der böhmischen Krone abgesonderten Länder auch ihrerseits alle in jene gehenden Waaren „verdreissigten und vermautteten“. Darum sollte von dem, was aus Schlesien nach Ungarn und Oesterreich verschickt wurde, der Zoll auf den schlesischen Grenzzollämtern gegeben werden „ausser dessen was durch die Crone Beheimb und Mähren bei Budweis oder derselben Gelegenheit über die Granitz gehet und verzollet wirdt, was aber neben und in derselben gegend durchgeführt, und der Zoll davon weder zu Budweis oder einigen andern ort nicht geraicht, den Zoll den andern frembden gleich geben soll“. <sup>3</sup>

<sup>1</sup> Stadtarchiv 180 fol. 360.

<sup>2</sup> Bruchsilber und Pogament mussten gegen gebührliche Bezahlung in die Breslauer Münze abgeliefert werden.

<sup>3</sup> Dieselbe Bestimmung im Zollmandat vom 4. März 1613: „Was diejenigen Wahren, welche aus Schlesien durch unsere Cron Beheimb und Marggraffthumb Mähren, auff Böhmisch Budweis über die Gräntz gehen anraicht,

Die Bestimmungen über die Zollabfertigung nehmen einen breiten Raum ein. Unterschieden wird zunächst das Verfahren bei der Einfuhr und das bei der Ausfuhr zollpflichtiger Waaren. Wer solche einführt, hat sich mit ihnen nach der Stadtwage zu zu begeben, jedes Abladen an anderer Stelle ist verboten. Dort werden im Beisein der Beamten die Siegel gelöst, die Waaren ausgepackt, besichtigt und verzollt. Auch die schweren mit Eisen beladenen Wagen haben an der Stadtwage anzufahren. Besonders zu achten sei auf die Einschmuggelung von Cleinodien, Perlen etc. durch Personenwagen oder Boten.<sup>1</sup> Wer zollpflichtige Waaren ausführen will, hat bei seinem Eide den Betrag derselben beim königlichen Grenzzollamt anzugeben. Dort erhält er zwei Poleten, auf denen, und zwar nicht nur im Pausch, sondern einzeln specificirt, der Werth der Sendung angegeben ist. Von diesen wird eins am Thor der Stadt, das andere an der letzten Zollstelle, die der Fuhrmannswagen vor der Zollgrenze passirt, abgegeben. Bezahlt wurde, ausser dem eben erwähnten Fall, stets am Ausgangsort. Vor dem betrügerischen Missbrauche, auf Grund des nicht abgegebenen zweiten Polets die Herauszahlung des Zolls zu beanspruchen, während die Waaren über die Grenze geschmuggelt waren, wird wieder gewarnt.

Der Adel genoss von Alters her für die für seinen Privatgebrauch bestimmten Gegenstände Zollfreiheit. Aber mit diesem Privileg wurde solcher Missbrauch getrieben, dass das reformirte Zollmandat sich zu seiner Aufhebung veranlasst sah. Wir erfahren, dass „Adelspersonen“ zum eigenen Zuwachs Wein, Getreide, Leinwand, „Milchspeis“, Vieh, Holz, Fische u. s. w. dazu kauften, um sie zollfrei ins Ausland zu verführen. Ebenso bezogen sie unmäßig viel Seidenzeuge und Kostbarkeiten, von denen sie nur wenig behielten, das meiste an Händler abliessen. Dagegen wird nun als Grundsatz ausgesprochen, dass „Sie (die Adligen)

---

weyl daselbst jetziger Zeit der Granitzzoll davon abgenommen wird, So soll es nachmaln und biss auf weitem bescheid, dabey also verbleiben, und bey unsern Schlesiischen Zollstädten darüber allein ordentliche Ansag zettl genommen, und solche Wahren darmit bis dahin gegen Budweis passirt werden.

<sup>1</sup> Ein Bericht der Kammer vom 31. Mai 1572 klagt über die Contrebande durch die zwischen Polen und Italien verkehrenden Postreiter. Staatsarchiv A A III 23 g.



sollen es angedachten Zoll zu erlegen nichts weniger, als andre schuldig und desselben keineswegs exempt und befreyt sein, und soll dessfalls ein gleichheit unter allen ein und aus dem Lande verführten Wahren und Gattungen sein.“ Nur noch auf Grund kaiserlicher Passbriefe sollte Befreiung vom Zoll gewährt werden. — Einen Monat nach seiner Publicirung sollte das neue Mandat in Kraft treten.

Es war nicht zu erwarten, dass die Fürsten und Stände zu diesem einschneidenden Vorgehen schweigen würden. Die Gravamina des Fürstentags vom 15. September 1601 hielten sich auch des längern über den neuen Zoll auf.<sup>1</sup> Das Privilegium von 1498 wird citirt, an den Verfall des Handels mit Polen, das nun in Erwidrung selbst hohe Zölle erhöhe, erinnert, dem der Verfall des Handels mit Ungarn nun bald folgen werde. Die neuen Zölle seien exorbitant hoch, nämlich bis in ein dreissigstel des Werthes! Auch die Zollerhebung enthalte unausführbare Bestimmungen, daran sei nur zu denken, wenn der Kaufmann den Transport selbst begleite.<sup>2</sup>

Auch dass der Kaufmann seine Angaben beeiden soll, wird als ehrenrührige Zumuthung aufgefasst. Von den einzelnen Zöllen wird besonders der auf Wein hervorgehoben, dessen Höhe jedem armen Manne das Weintrinken verkümmern müsste. Während dessen war die Breslauer Kaufmannschaft nicht müssig gewesen, eine Aenderung des Mandats in ihrem Sinne herbeizuführen.

## VI.

Gegen Ende des 16. Jahrhunderts nahm in ganz Deutschland der Handel dadurch ein anderes Aussehen an, dass die Schotten, Engländer und Niederländer zum Einkauf deutscher Waaren ihre Factoren ins Innere schicken und den deutschen Händler bei Seite schieben.<sup>3</sup> Solche Factoren fanden sich auch

<sup>1</sup> Stadtarchiv 181 fol. 192.

<sup>2</sup> Die Revision an der Grenze war ein Nachzählen der Colli, nicht Prüfung ihres Inhalts. Anders bei der Einfuhr, wo nur die Breslauer das Recht hatten, den Zoll erst am Heimathsort zu bezahlen.

<sup>3</sup> Falke: Geschichte des Zollwesens in Deutschland. S. 200.

in Schlesien ein, und kauften Rölhe, Wachs, Wolle, Garn und Leinwand auf. Gegen sie war schon am 20. August 1599 ein Patent ergangen, dass den Handel mit jenen Landesproducten nur den einheimischen Händlern gestatten wollte. Dagegen erhob der Fürstentag am 29. Februar 1600 Einspruch. Jene Waaren seien die einzigen Producte Schlesiens, die ins Ausland gingen, die neuen Patente drückten, in dem sie die Concurrenz ausschlossen, die Preise und schädigten, so das Einkommen des „Landes“, d. h. der Grundbesitzer. In der That hat das Patent auch nie Geltung erlangt. Aber die schlesischen Händler verzagten nicht. Im Jahre 1601 machten sie<sup>1</sup> eine neue Eingabe an den Kaiser, um Schutz vor der ausländischen Concurrenz zu erlangen. Ausländische Kaufleute und Factoren sollten für die von ihnen ausgeführten Waaren den doppelten Zoll entrichten. Zugleich seien Maßregeln zu treffen, um sie zu verhindern, durch Erwerbung des Bürgerrechts sich dem zu entziehen. Diesem Wunsche kam der Kaiser durch sein „Zollprivileg“ vom 24. October 1601 entgegen,<sup>2</sup> das jedoch nicht sofort in Kraft treten sollte. Danach sollte es den ausländischen und nicht ansässigen Kaufleuten verboten sein, von den Bauern Garn, Wachs, Rölhe, Wolle und Leinwand direct, ohne Vermittlung der einheimischen und ansässigen Händler zu erstehen. Nur auf den Jahrmärkten war der directe Verkehr gestattet. Von den dort verkauften Waaren war der dreifache, von den von einheimischen Händlern erworbene der doppelte Zoll zu bezahlen. Diese Zollprivilegien wurden dem nächsten Fürstentage zur Begutachtung vorgelegt, der, wie zu erwarten war, sich dagegen aussprach.<sup>3</sup> Sie würden nur eine Abnahme des Handels zur Folge haben. Der Widerspruch nützte nichts, am 10. März 1602 erging das Patent mit der Einsetzung einer „doppelten und dreifachen Besteuerung der ausländischen Kaufleute, besonders bei der Ausfuhr von Rölhe, Garn, Leinwand, Wachs und Wolle“. Aber auch jetzt noch nicht trat das Patent sofort in Kraft. Ein neuer Fürstentag erneuerte in seinem Schluss vom 28. August

<sup>1</sup> Zimmermann; Blüthe und Verfall des schlesischen Leinengewerbes. S. 6 ff.

<sup>2</sup> Stadtarchiv 183.

<sup>3</sup> Fürstentagsschluss 21. Febr. 1602. Stadtarchiv 181 fol. 177. — Kries: S. 79.



1602 seine Klagen, die ein längeres Schreiben an das Oberamt vom 16. November 1602 zu entkräften suchte.<sup>1</sup> Es sind all' die Gründe, mit denen man vor bald 50 Jahren die erste Einrichtung des Grenzzolls vertheidigt hatte — dass das Privilegium von 1498 nicht maßgebend sein könne, dass nur durch den Zoll der Handelsstand könne zu den öffentlichen Lasten herangezogen werden, dass der Handel stets über Breslau werde gehen müssen u. s. w. Polen würde nicht daran denken, seine Zölle abzuschaffen, wenn auch Schlesien ihm darin mit gutem Beispiel vorangehen wollte. Dass die Zölle ein Dreissigstel des Werthes betrügen wird bestritten. Dagegen gedenkt dieses Schreiben des Zollprivilegs der Kaufleute, gegen die es keinen sehr freundlichen Geist athmet, gar nicht. Die Kaufleute erhoben in Breslau einen drückenden Zoll und zwar gerade von Wein und Victualien, sie beförderten das Abströmen des guten und das Einströmen des schlechten polnischen Geldes, sie legten aus Eitelkeit ihr Geld in Landgütern an und dann wollten sie es gethan haben, weil der Handel sich nicht mehr rentire. Diese Art von Gutsherren sei es, die nebenbei noch Kornwucher trieben, um die Preise künstlich zu steigern. Wenn den Kaufleuten in Breslau auch das letzte Zollmandat noch die Vergünstigung eingeräumt habe, das sie den Zoll für die Einfuhr erst in Breslau zu bezahlen brauchten, so benützten sie dieselbe, um die Waaren im Lande zu verkaufen, ehe sie nach Breslau kämen und so den Zoll zu hinterziehen.

Endgültig angehalten hat diese Stimmung nicht; am 26. September 1603 wurde das Patent mit den Zollprivilegien dem Oberamt zur Publication zugeschickt. Schon am 10. October schickten die zum Oberrecht versammelten Fürsten und Stände ihre Verwahrung nach Wien.<sup>2</sup> *Libertas commerciorum* für die Landesproducte sei für die Produzenten eine Lebensfrage, denn sonst würden die Tausende den wenigen zum Einkauf berechtigten „wie Gefangene“ gegenüberstehen. Die Kaufleute würden sich schnell verständigen, und der Landmann, der doch nicht die Ausfuhr seiner Producte selbst übernehmen könnte, würde genöthigt sein, sie jenen zum halben Preis zu überlassen. Die Ausfuhr von

---

Stadtarchiv 182 fol. 171.

<sup>2</sup> Stadtarchiv 181 fol. 483 b.

Getreide, Fischen und Vieh sei nicht der Rede werth. Aber für Garn, Leinwand, Röthe, Wolle sei das Land im höchsten Grade interessirt gute Preise zu erlangen, da nur dadurch Schlesien, das selbst keine Edelmetalle producire, in die Lage gesetzt würde, seinen Bedarf an „Salz, Wein und frembden Bieren, auch allerley Vieh, Gewürz, fremde Tuch, seiden und andre Wahren, auch Leder, Stahl- und Eisenwaaren“ zu decken. Endlich seien die Kaufleute, welche das Privileg ausgewirkt hätten, zu solchem Vorgehen von niemanden bevollmächtigt worden.

Die Verwahrung hatte noch keinen Erfolg. Der Fürstentag des nächsten Jahres schlug in seinem Schluss (3. April 1604) vor,<sup>1</sup> das Zollmandat von 1600 einer aus den Deputirten der Stände und Commissaren des Kaisers zusammengesetzten Commission zu unterbreiten und die Execution desselben bis zu deren Entscheidung, die dann der Kaiser bestätigen möchte, zu suspendiren. Die Zollprivilegien der einheimischen Kaufleute hätten schon ihre Wirkung gezeigt; der Preis für ein Stück Garn sei von 18—20 auf 10—12 Groschen gesunken.

Den Gedanken der ständischen Mitwirkung an der Zollgesetzgebung finden wir näher ausgeführt in der Instruction, die Fürsten und Stände ihren Abgesandten zum Prager Generallandtage mitgaben.<sup>2</sup> Die Gesandten sollten dahin wirken, „dass dem Lande zu mehrerer Beschwer, ausser dem alten Kö. Grenzzoll kein anderer ohne des Landes Vorwissen sollte aufgerichtet werden“. Den alten Grenzzoll, wie er bis 1600 bestanden hatte, wolle jedermann gern tragen. Niemand verlange seine gänzliche Aufhebung.<sup>3</sup> Geklagt wird ferner über die Ausdehnung des Begriffs „Ausland“ auf Oesterreich und Ungarn, über die Zölle auf eine ganze Reihe Waaren (seiden-wahren, rohseiden, flachseiden, gemeiner Trib, Galler Leinwand, Safran, Pfeffer, Wollen, Semischleder, ausländische und landtücher).<sup>4</sup> Das Interesse der Kaufleute

---

<sup>1</sup> Stadtarchiv 182 fol. 23 b.

<sup>2</sup> Stadtarchiv 182 fol. 207.

<sup>3</sup> Wie es das Schreiben an das Oberamt vom November 1602 darstellt. Gegen dieses Schreiben wendet sich auch die Ausführung über die Ausfuhr aus Polen auf dem Seeweg.

<sup>4</sup> Alle Wollenwaaren würden doppelt verzollt, insofern zum Ausfuhrzoll noch die Verkaufsteuer auf Wolle träte,



wird in der Instruction in sofern wahrgenommen, als auch über die Zollerhebung an der Grenze geklagt wird. Wenn Breslauer Kaufleute, wie geklagt war, Waaren schon auspackten und verkauften, ehe sie in Breslau verzollt seien, so geschieht das nicht in böswilliger Absicht, um den Zoll zu hinterziehen. Ueber die Zollprivilegien findet sich nur ein Verweis auf das Schreiben vom 11. October 1603.

Diese Instruction liegt fast wörtlich der Supplication zu Grunde, die am 26. October 1604 die schlesischen Abgesandten in Prag überreichten.<sup>1</sup> Am 27. November erhielten sie die Antwort der Hofkammer, die sich ganz an jenes Schreiben vom 16. November 1602 anlehnt. Sie führt aus, dass eine Abnahme der Einfuhr von Seidenwaaren grade wünschenswerth sei, die strenge Zollcontrolle, die sich nunmehr nicht nur auf Frachtwagen, sondern auch auf Kutschen und die „Juden, so sich bisher für Herrendiener ausgegeben“ ausgedehnt sei, verbürge, dass die Zollerträge nicht abnehmen würden. Die Wolle stehe so hoch im Preise, dass sie wohl die kleine Verkaufssteuer tragen könne. Den Kaufleuten wird zugestanden, dass sie nach Breslau bestimmte Waaren auch vorher verkaufen dürfen, wenn sie für Verzollung an der nächsten Zollstadt sorgten. Das Zollmandat von 1600 hatte zwar die Ausfuhr von baarem Gelde den Kaufleuten gestattet, aber nur, wenn es sich um Bezahlung schon bezogener Waaren handelte, war es von der Untersuchung an der Grenze frei. Sonst müssten die Fuhrleute an der Grenze die Summe des mitgeführten baaren Geldes angeben. Und doch wollten die Kaufleute denen ein solches Geheimniss, dass sie nämlich überhaupt baares Geld mitführten, nicht anvertrauen. Die Hofkammer schlägt eine etwas gekünstelte Abhülfe vor.<sup>2</sup>

Wenn die Hofkammer sich auf das Schreiben an das Oberamt vom November 1602 berufen hatte, so war dadurch ihre Stellung zum Zollprivileg der einheimischen Händler deutlich genug gekennzeichnet. In keinem der beiden Schreiben wird

<sup>1</sup> Stadtarchiv 182 fol. 332.

<sup>2</sup> „Dass das Geld unter einen Pallen denen von Irer Maytt. darzu vereideten Persohnen, bei denen keine gefahr zu besorgen, angezeigt, darauf die Pollete mit einem gewissen Merkzeichen auf eine andere wahr oder Gattung gereicht würdet“.

desselben mit einem Wort gedacht. Die Kaufleute verstanden das, ihre Vertreter beeilten sich durch eine schon am 29. November abgesandte Supplik ihren agrarischen Gegnern, womöglich noch in letzter Stunde, den Sieg zu entreissen. Die Privilegien, so führen sie aus,<sup>1</sup> seien nothwendig, um einen Unterschied herbei zu führen, zwischen den Fremden, die von allen Steuern befreit, und den Einheimischen, die „Schhoss, Steuer, Schatzung und alle Landes Bürden trügen“ und dazu noch mit „Haushaltung, Weib, Kindern und Gesinde beladen“ seien. Wer gegen die Privilegien sei, von dem dürfe man sicher annehmen, dass er „mit den Ausländischen Partiden“ triebe, dass er „denselben zu gefallen das placebo singe, oder sich befürchte, „es mochte an Tag kommen, dass das Geld, womit sie bishero gehandelt und für vornehme Reiche leute angeschrieen, nicht ihr eigen gewesen“. Das sei jener „eigennützige Adel“, auf dessen Einfluss pochend die fremden Kaufleute die Breslauer auf der Leipziger Messe mit spöttischen Reden verfolgt hätten. Monopolist sei vielmehr der Factor, der oft von einer ganzen Anzahl fremder Kaufleute zugleich mit Aufträgen versehen würde. Bald würde es dem Landmann ihm gegenüber wie den Fröschen gehen, „so den Stock verworfen und den Storch, so sie hernach auffraß elegirt“. Die Anmafsnung der Fremden ginge jetzt schon so weit, dass schlesische Producte, von schlesischen Händlern in Leipzig auf den Markt gebracht, nur mit Verlust verkauft werden könnten. Zu bedauern sei nur, dass die Privilegien erst so spät eingeführt seien, denn so hätten die Ausländer Zeit gefunden, noch nach dem alten niedern Tarif grofse Mengen Garn und Röthe aus dem Lande zu schaffen. Himmel und Erde werden in Bewegung gesetzt, um die Privilegien aufrecht zu halten, die Bibel wird herangezogen, und mit Bezug auf Matth. XVII 26 die Berechtigung derselben nachgewiesen, und der Kaiser dringend zur Wahrung seiner Hoheitsrechte aufgefordert.

Die Gesandten der Fürsten und Stände begnügten sich in ihrer Entgegnung (vom 6. December 1604) auf ihrem Wunsche commissarischer Verhandlung der Zollfrage zu beharren. Die Zollprivilegien seien von „etlichen“ Kaufleuten erschlichen worden,

<sup>1</sup> Stadtarchiv 182,



man möge von ihren Schriftstücken halten was man wolle, sie drückten nur Privatmeinungen aus, während sie, die Gesandten, die berufenen Vertreter des Landes seien.

Ihre Festigkeit drang beim Kaiser durch und am 15. December 1604 sprach er als seinen Willen aus, dass die Zollprivilegien, die nur einige Privatpersonen erschlichen hätten, aufgehoben und cassirt werden sollten. Dagegen solle zur Besprechung der gegen das reformirte Zollmandat erhobenen Beschwerden eine Commission zusammentreten, deren Mitglieder theils vom Kaiser, theils vom Fürstentage zu bestimmen sein, dass bis zu ihrer Entscheidung der neue Tarif suspendirt würde. — Der neue Fürstentag, der Anfang März 1605 zusammentrat, bedankt sich für die Aufhebung der Zollprivilegien und nahm die Wahl der Deputirten vor, die aber erst am 20. August 1605 ihre Instruction empfangen. Die stellte natürlich die Aufhebung des ganzen Tarifs als wünschenswerth hin, machte aber dann doch einen Unterschied unter den Waaren. Ganz besonders lästig sei die Umwandlung des Stückzolls in Werthzoll, z. B. bei Sammt und Seide — die durchaus nicht so überflüssige Luxusartikel seien, wie sie die Hofkammer hinstellen beliebe, denn sie würden nicht nur „zur Pracht und Hoffart“, sondern auch „vielen vornehmen Leuten zur Notturft und zur Ehren“ ins Land gebracht. Man solle sehen, dass die alten Zölle von 1 Thaler für das Stück Sammt, 1 Thlr. 12 grsch. für das Stück Seide wieder hergestellt würden, doch sei eine Steigerung auf 1½ Thlr und 1 Thlr. 6 grsch. auch noch erträglich. Aehnlich sei es mit den andern Gold-, Silber- und Seidenwaaren, die früher ganz zollfreien „hohen“ Rauchwaaren und „hohen“ Tücher könnten allerdings einen geringen Zoll tragen, doch womöglich nur bei der Ausfuhr.<sup>1</sup> Die Herabsetzung des Zolls auf Kleinodien, der verdoppelt worden war, stellte man der Commission anheim mit der Begründung: „weil es mehrentheils die hohen Persohnen betreffen würde.“ Ganz abzuschaffen sei der Zoll auf Tripp,<sup>2</sup> da er „zur gemeiner notturft und Ersparung vieler Seidenwaaren nuzlich ins Land gefurt“ würde. Auch sei das Garn, das in ihm verarbeitet sei, schon bei der Ausfuhr aus Schlesien verzollt

<sup>1</sup> Beim Rauchwerk solle man bewilligen bis 6 Heller (vom Thaler); bei den Tüchern 6 Grsch. statt der geforderten 1—2 Gulden hier, 3 Grsch. dort.

<sup>2</sup> Ein aus Leinen und Wolle bestehender Stoff.

worden. Allenfalls könne der beste (der Hamburger) einen kleinen Zoll ertragen. Auch der Zoll auf fremdes Kupfer sei mit Rücksicht darauf, dass Kupferwaaren bei der Ausfuhr als Hausrath verzollt würden, herabzusetzen. Als ganz besonders lästig gilt die Verzollung nach dem Werth bei Spezereien und Gewürzen, die vielmehr, wie zuvor, nach dem Stück zu verzollen seien. Ein specieller Tarif<sup>1</sup> wird beigelegt. Aber ganz besonders für Pfeffer und Safran sei die alte Verzollungsweise nach Sack und Stumpf wieder herzustellen, allenfalls könne man in eine Steigerung des Zolls auf den Sack oder Stumpf von 45 auf 50 Groschen willigen, denn Pfeffer und Safran seien die „allervornembsten Wahren, so vor allen andern gesichert werden müssten“, gleich nothwendig für Arm und Reich. Wo eine Waare in Fässern oder Ballen eingeführt wird, so sei sie nur, wenn es sich um kleine Quantitäten handelt, nach dem Werth, sonst stets nach dem Stück zu verzollen. Das gilt besonders für Galler Leinwand. Sensen seien nach dem Tausend, Wachs nach dem Gewicht zu verzollen. Die Verkaufssteuer auf Wolle sei herabzusetzen, ebenso die Zölle auf Heringe und Branntwein. Der Zoll auf Victualien, um den grade in der Commission sich solcher Streit erheben sollte, wird hier als unwesentlich bezeichnet. Falls es nicht gelingen sollte, den Zoll nach Oesterreich und Ungarn ganz zu beseitigen, so solle man wenigstens sehen, für Landtücher, Leinwand und halbwollene Waaren Zollermäßigung zu erlangen.<sup>2</sup> Die eidliche Ansage der Waaren sei abzuschaffen, „damit nicht den Zöllnern Ursach gegeben werde einen ehrlichen Mann auf seine Aydts Pflicht und gewissen zu bedrängen und nach gefallen zu tribuliren“. — Der „erste Aufsatz“, den die ständischen Commissare<sup>3</sup> überreichten,

---

<sup>1</sup> 1 Sack Kümmel, Anis oder Fenchel 6—7½ grsch., 1 Fass Lorbeer 18 grsch., 1 Ballen Feigen 5—6 grsch., 1 Sack Mandeln 7½—9 grsch., 1 „Ochsenhaupt“ Oliven 6 grsch.

<sup>2</sup> Der erste Gedanke einer geringeren Verzollung im Verkehr mit den Erblanden.

<sup>3</sup> Es waren: Joachim Malzan, Freiherr von Wartenberg und Penzlin, Köys. Maytt. Rath; Joachim Willenberger, fürstbischöflicher Rath; Friedrich Razbar auf Przibor, Churfürstlich brandenburgischer Rath und des Hauses Jägerndorf Oberhauptmann; Anthonius Scholz, fürstlich Liegnitzscher Rath;



lehnt sich eng an die Instruction an. Er bewilligt eine kleine Abgabe für den besten Tripp, verlangt aber vollständige Beseitigung der Verkaufssteuer auf Wolle. Von den Modalitäten der Zollerhebung spricht dieser „Aufsatz“ nichts. Die Commissare äusserten sich darauf durchaus nicht unfreundlich. Sie wollten die Verzollung von Sammt, Seidenzeug und Tripp nach dem Stück<sup>1</sup> zugestehen. Bei Tripp sei auch der geringere zu verzollen, und zwar deswegen, weil er „guten Seidenzeug und Sammet vertreibt“. Auch für Seide, Gold, Silber, Kupfer zeigen sich die Commissare entgegenkommend, lehnten dagegen die Aufhebung der Verkaufssteuer auf Wolle und die Stückzölle für Gewürze, Pfeffer und Safran ab. Darauf erklärten sich die ständischen Commissaren mit den Zöllen für Gold- und Silberwaaren und geringe Rauchwaaren in der Fassung der Commissare der Kammer zufrieden, dagegen wünschten sie weitere Ermäßigung der Zölle auf Sammt, Seide, Tripp,<sup>2</sup> Kupfer, Branntwein, und Abschaffung jedes Zolls auf Victualien, einheimisches Vieh, einheimische Biere, Landtücher, halbwollene Waaren. Sie wiederholen den Wunsch, die Gewürze etc. nach dem Stück verzollt zu sehen. Für den Modus der Zollerhebung machen sie ins einzelne gehende Vorschläge.<sup>3</sup>

Die Freigebung des Handels nach Ungarn und Oesterreich, die Aufhebung des „Artikels wegen des Adels“ werden verlangt. Aber nun hielten sich die kaiserlichen Commissare zurück und wollten nur noch eine Verminderung des Zolls auf Heringe und

Caspar Frölich, fürstlich technischer Rath; Wolfram Rothkirch, und endlich Adam Dobschütz auf Sillmenau „des Raths zu Breslau“.

Die kaiserlichen Commissare waren der Kammerpräsident von Zedlitz und der Hofkammerrath Nielaus v. Burghaus.

<sup>1</sup> Ein Stück (40–50 Ellen) kostet bei Sammet 200, bei Atlas 100, bei Tripp 24–40 Thaler. Für erstern wurden 2 Gulden, für Atlas 1 Thaler 9 grsch., für Tripp 12 grsch. von den Commissaren vorgeschlagen.

<sup>2</sup> Den Zoll auf geringen bewilligten sie.

<sup>3</sup> „Das alle Fuhrleute in denen Orten, da die Wahren abgeladen werden, entweder bei den Wagen oder beim Zolleinnehmer, ehe denn sie abladen, sich angeben, damit die Wahre besiegelt und dem Handelsmann in seiner Behausung zugestellt und verzollt werden. Wenn aber aus einer Stadt Wahren ausser Land gefurt, sol derjenige, welchem solche Wahre zuständig sich im Zoll Amht angeben, was und wie viel Wahren eingepackt sein und den gebührenden Zoll bezahlen“.

Aufhebung des auf Woll zugestehen. Die Verkaufssteuer solle bleiben. Nach dem die ständischen Deputirten nochmals auf die Schädlichkeit des Zolls auf Victualien hingewiesen hatten, welche an der Grenze vielfach nach Polen verhandelt würden, ging die Commission auseinander.<sup>1</sup> Aber wenn die Fürsten und Stände sich schmeichelten, dass der Kaiser durch die in ihren Memorialien ausgeführten Gründe sich würde zur Zurücknahme des Zollmandats bewegen lassen, so sollten sie sich enttäuscht sehen.

Am 20. Mai 1606 wurde ihnen der Bescheid, dass er durch den Bericht seiner Commissare zu der Einsicht gekommen sei, dass in der That nur „eigennützige und vortheilhaftige Leute“ sich über das reformirte Zollmandat beschwerten und es deshalb bei demselben sein Bewenden haben müsse. Den Kaufleuten, die über Zollplackereien klagten, empfiehlt er, ihren Blick auf andere Länder zu lenken, wo die Zölle verpachtet seien und auch ihre Bezahlung nicht vor Mehrforderungen schütze. Dass das reformirte Zollmandat noch gar nicht überall in Kraft getreten sei, giebt das kaiserliche Schreiben zu.<sup>2</sup> Fürsten und Stände zeigten sich nicht geneigt, ihren Widerstand aufzugeben, schon am 8. Juni 1606 sprach der Fürstentagsschluss ihr Bedauern aus, besonders über die Belastung der Victualien, die immer von ihnen in den Vordergrund geschoben wird.<sup>3</sup> Die Fürstentagsschlüsse vom 1. März 1607 und vom 21. Juni 1607 wiederholen diese Klagen und gehen sogar so weit, sich zu beschweren, dass „die Zolleinnehmer ezlicher orthten vermöge der neuen Zollpatente den Zoll einnehmen wollten.“ Der Kaiser wird wiederholt um Be-

<sup>1</sup> Ihre Berathungen im Stadtarchiv 183 fol. 1—80.

<sup>2</sup> Siehe dazu ein Schreiben des Zollbereiters von Schwiebus Leonhart Merker an die Kammer vom 26. Juni 1606. (Staatsarchiv F Glogau I 11a): „Dass das renovirte Zollmandat ehstens publicirt werden solle, wäre mir herzlich lieb, damit ich armer Diener wissen konnte, wie ich dienen sollte. Ob nun woll von der Röm. Kays. Maytt. ein ernstes Patent zugeschicket, über dieselben Zollmandata, so 1601 publiciret zum behalten, hat doch daselbige bis dato weder Fruchten noch haften wollen.“ Das Zollmandat von 1606 ist in den Breslauer Archiven nicht vorhanden, höchst wahrscheinlich lehnt es sich sehr eng an das von 1600 an.

<sup>3</sup> Vielleicht weil Joachim Maltzahn, der vornehmste der ständischen Deputirten, von seiner Standesherrschaft aus viel Victualien über die polnische Grenze ausführte.



stätigung der Commissionsbeschlüsse ersucht, auch nachdem er sich am 24. Juni 1607 schon ablehnend geäußert hat.<sup>1</sup> Er hatte besonders die Klagen über die Verzollung der Victualien, die durch einen Ausfuhrzoll doch nicht vertheuert werden könnten, zurückgewiesen.

Aber die Lage des Kaisers wurde immer schwieriger, wie ein Blick auf die allgemeine politische Lage jener Jahre zeigt. Fürsten und Stände standen ihm ganz anders selbstherrlich gegenüber, wie einst einem Ferdinand. Das zeigt sich auch in der Zollfrage. Als der Fürstentagsschluss vom 6. Juni 1608<sup>2</sup> wieder um Ermäßigung der Zölle bat, wurde die Hofkammer um ihre Ansicht ersucht, und wohl auf ihr Gutachten hin erfolgte am 6. December 1608 die Antwort des Kaisers.<sup>3</sup> Danach sollten seine Commissare und die Deputirten des Fürstentages zu einer neuen Berathung zusammentreten, um diese Sache „endlich und ehist“ in Richtigkeit zu bringen. Doch erst am 15. November 1610<sup>4</sup> machte der Fürstentag seine Commissare nahmhaft;<sup>5</sup> ob die kaiserlichen Commissare überhaupt schon ernannt waren, als auch die Herrschaft über Schlesien den schwachen Händen Rudolf's entglitt, muss dahingestellt bleiben.

Im October 1611 überreichten die schlesischen Stände dem neuen Könige von Böhmen und Oberlehnsherrn von Schlesien Matthias, ihre Gravamina. Da baten sie auch um „Abschaffung der neuen und erhöhten Zölle“, aber auch darum, dass „hinfürder keine Erhöhung alter Zölle ohne bewilligung Unser vermöge des Landes Privileg“ stattfinden sollte.<sup>6</sup> Die Antwort des Kaisers<sup>7</sup> (13. October 1611) erklärte seine Bereitwilligkeit, wie in allen Stücken, so auch in den Zollsachen, die Privilegien des Landes zu respectiren, aber seiner Regalien dürfe er sich nicht begeben.

<sup>1</sup> Stadtarchiv 183 fol. 325, 411; 184 fol. 386.

<sup>2</sup> Stadtarchiv 184 fol. 178.

<sup>3</sup> Stadtarchiv 184 fol. 330.

<sup>4</sup> Stadtarchiv 185 fol. 267.

<sup>5</sup> Es waren Herr Joachim Maltzahn „als Director“, dann Anthon Scholz und Adam Dobschütz, der nunmehrige Landeshauptmann zu Breslau. Nur der Breslauer Syndicus Heuscher hatte der vorigen Commission nicht angehört.

<sup>6</sup> Stadtarchiv 186 fol. 57.

<sup>7</sup> Stadtarchiv 186 fol. 92.

Uebrigens sei er mit der neuen Durchberathung des Zollmandats in einer gemischten Commission einverstanden, wie sie schon sein Vorgänger genehmigt hatte. Nun waren es aber die Stände, die Ausflüchte machten und erst einen Generallandtag in Prag abwarten wollten. Zugleich klagten sie über die Kammer, die neue Grenzzollämter in Orten eingerichtet habe, wo vor dem noch nie welche bestanden hätten,<sup>1</sup> und die sich auch jetzt noch unterstände, die Zölle nach dem Zollmandat 1600 executive eintreiben zu lassen.<sup>2</sup> Als aber der Kaiser drohte, bei längerer Verzögerung die Publication des revidirten Zollmandats einseitig vornehmen zu wollen, fühlte sich der Fürstentag doch bewogen, in seinem Beschluss vom 11. October 1612 die Bitte um Ernennung kaiserlicher Commissare zu den Berathungen auszusprechen.<sup>3</sup> Wer die waren, ist ebenso wenig festzustellen, wie der Gang, den die Verhandlungen der Commission genommen haben. Ihr Resultat liegt uns vor in dem neuen Zollmandat, das am 4. März 1613 der Kaiser unterzeichnet hat.

Die Einleitung beginnt mit einem Hinweis auf die Reformversuche Kaiser Rudolf's aus dem Jahre 1606. Da sei ein schlesisches Zollmandat „mit ezlicher maffen moderation“ durch den Druck veröffentlicht worden, aber seine „Universalpromulgation und würlkliche Vollziehung“ sei auf Schwierigkeiten gestossen. Nun aber sei es „nach vorgehender anderwärts, durch unsere insonderheit darzu verordneten Commissare, so wol unsere gehorsamben Fürsten und Ständt in Schlesien deputirten angestellten revision“ in der vorliegenden Form vom Kaiser genehmigt worden.

Was in jenen Berathungen vom Jahre 1605 die ständischen Deputirten umsonst erstrebt hatten, sahen sie hier zum größten Theil als Gesetz verkündet. Der Kaiser wahrte in wenigen Punkten das, was die Commissare seines Vorgängers als unumgänglich bezeichnet hatten. Die Zölle auf Sammt, Seide und theure Tücher bei der Einfuhr werden nach dem Stück erhoben (Sammt 1 Thlr. 18 grsch.), der Zoll auf Kupfer ist ganz ver-

<sup>1</sup> Hirschberg und Reichenbach werden genannt.

<sup>2</sup> Fürstentagsschluss 14. Mai 1612.  
Stadtarchiv 186 fol. 134.

<sup>3</sup> Stadtarchiv 186 fol. 172.



schwunden, dagegen ist ein solcher auf „Niederländische und andre köstliche ausländische Leinwath“ (6 Heller vom Thaler) hinzugekommen.

Neue Waaren finden sich auch unter den dem Ausfuhrzoll unterworfenen aufgeführt,<sup>1</sup> verschwunden sind fast nur die „halb Wüllen und halb Leinen Arbeit, so sy auf Harras Arbeit machen“, auch der Zoll auf Victualien ist geblieben. Dagegen ist die Verkaufsteuer auf Wolle abgeschafft<sup>2</sup> und nur der Ausfuhrzoll von 2½ auf 3 grsch. für den Stein erhöht worden. Dem alten Wunsche der ständischen Deputirten entsprechend, ist der Werthzoll an Stelle des Stückzolls wieder beseitigt worden, und wieder wird Pfeffer nach dem Sack (1 Thlr. 30 grsch.), Safran nach dem Stumpf (2 Thlr. 18 grsch.), Galler Leinwand nach dem Ballen, Wachs nach dem Centner, Sensen und Sicheln nach dem Tausend verzollt.

Jedes Zollmandat weist gegen das vorhergehende neue Ausführungsbestimmungen auf, so hier z. B. dass ungarischer Wein nicht nach dem Nürnberger oder Oedenburger Eimer, Hopfen nicht nach dem Brauscheffel, sondern nach dem gewöhnlichen Maafs zu verzollen seien.<sup>3</sup> Das Zollmandat von 1600 hatte zum ersten mal auch einen Zoll auf Landochsen eingeführt, der nur halb so hoch wie der auf polnische war und dadurch Gelegenheit zu Betrügereien gab, vor denen gewarnt wird.<sup>4</sup> Eine weitere Bestimmung trifft die jenseits der Grenze mit Getreide, Victualien oder Vieh auf schlesische Märkte kommen. Die hatten von dem, was sie unverkauft mitnehmen beim Heimwege den Ausfuhrzoll zu zahlen. Dagegen sind die Beschränkungen, denen die Kaufleute, die baares Geld nach Polen schicken wollten, noch ausgesetzt waren, hier ganz weggefallen.

Auch der Modus der Zollerhebung weist wenige Abänderungen auf: dass der Fuhrmann, der mit Einfuhrzoll behaftete Waaren

---

1 z. B. Glockenspeise, Weinessig, Lein- und Hanf-Oel, Kalk, Leichensteine.

2 Kries irrt, wenn er sie noch fortbestehen lässt.

3 Auf 10 Eimer Wein wurde ein Eimer „Füllwein“ frei gelassen.

4 Die 6 „Freiochsen“ von 100 werden bestätigt, aber ausdrücklich nur für polnische Ochsen. Ein „vornehmer“ polnischer Ochse galt „bis 30 Gulden oder Thaler.“

einführte, an der ersten Zollstelle dem Untereinnehmer die Fässer und Ballen anzeigt, der sie versiegelt und dem Fuhrmann eine Polet mitgiebt, aus dem die Zahl der Frachtstücke ersichtlich ist, macht den Klagen über die Zollrevision an der Grenze ein Ende. Der Fuhrmann begiebt sich am Ort seiner Bestimmung mit dem Inhalt zur Stadtwage, wo in Gegenwart des Beschauers und des Kaufmanns die Waare ausgepackt und der Zoll bezahlt wird. Neu ist die Bestimmung, dass, wenn ein Fuhrmann seine Waaren an der ersten Zollstelle anzusagen unterlässt, die Strafe für dieses „Verbrechen“ nicht den „unschuldigen Kaufmann“, sondern nur ihn treffen soll. Vor den Kniffen der „Schotten und Juden“, die durch alte Zollpoleten, die sie nicht abgeliefert haben, die Zollbehörden zu täuschen suchten, wird gewarnt mit denselben Worten, wie im alten Mandat.

Unter dessen Bestimmungen hatten wenige solchen Widerstand gefunden, wie die Erklärung von Oesterreich und Ungarn als Ausland. Das Zollmandat von 1613 fand einen vermittelnden Ausweg, der in der Instruction für die ständischen Deputirten vom August 1605 schon angedeutet worden war. Was aus Schlesien nach Ungarn oder Oesterreich, nebst deren Nebenländern ging, sollte nur die Hälfte des Ausfuhrzolls tragen, der von ins andere eigentliche Ausland gehenden Waaren erhoben wurde.<sup>1</sup> Dagegen wird nun ausdrücklich erklärt, dass von dem, wofür einmal der Einfuhrzoll genommen sei, bei der Ausfuhr keine weitere Abgabe genommen werden solle. Doch mussten solche Waaren auch beim Zollamt angesagt werden, das dann ein „frey Polet und Ansagzettl“ ausstellte aus dem „zu was zeit und bey welchem Zollambt solche verzollung vorhin beschehen sei“ zu ersehen war.

Der Ausfuhrzoll sollte, wie nunmehr bestimmt wurde, von allem erhoben werden, was an zollpflichtigen Waaren die Grenze passirt, es sei zum „verkauff, verborg, Tausch, verehrung, bestellung der Wirthschaft“. Daher ist auch der „Artikel wegen des Adels“ erhalten geblieben. Von der Ansicht das der Zoll nur Kanfmannswaaren treffen solle, ist man entschieden abge-

---

<sup>1</sup> Ausgenommen Rörhe und Vieh.



kommen. Auch die Ausstellung von „Freibriefen“ ist nur noch für die Ausfuhr von Wein vorgesehen.

Für solche Kaufleute, die sich mit dem Aufkauf von Tuch, Leinwand und Garn befassen, wird bestimmt, dass sie an der ersten Zollstelle die Waaren nur anzumelden und die Ansagzettel in Empfang zu nehmen haben. Diese werden in der Stadt, wo der Kaufmann, der die Waaren exportiren will, ansässig ist, bei der Zahlung des Zolles gegen „richtige Poleten“ umgetauscht.

Für den Fall, dass Waaren noch im Inlande verkauft worden, für die der Ausfuhrzoll schon bezahlt war, ist ein Verfahren angegeben.<sup>1</sup> Dagegen war für einen andern Fall eine Vorschrift gegeben, wie sie unpraktischer nicht gedacht sein konnte. Während sonst die Zuschiebung des Eides allgemeinem Widerstand begegnet war, wird sie hier in einem neuen und gewiss nicht unbedenklichen Falle eingeführt. Ueberschritten schlesische Krämer die Grenze, um die Jahrmärkte in den Nachbarstaaten zu besuchen, so hatten sie ihre Waaren vorher beim Grenzzollamt anzusagen. Darüber erhielten sie einen „Ansagezettel“, den sie bei der Rückkehr wieder abzugeben hatten. Von dem, was sich als nicht mehr vorhanden, also als verkauft herausstellte, haben sie den gelösten Preis bei ihrem Eid und Gewissen anzugeben und vom Thaler 6 Heller Zoll zu zahlen. Für den Fall, dass noch weitere Verwaltungsmafsregeln nothwendig seien, wird der schlesischen Kammer freie Hand gelassen. Nur Aenderung der Zollsätze bleibt ausschliesslich ausgenommen, zugestanden wird besonders die Ernennung der untern Beamten: „Poletzettel Einnehmer, Zoll- und Strafsenbereyter“, die ihr schon früher zugestanden hat. Dieses Patent wurde dem Oberamt zur Publication zugestellt, aber diese ständische Behörde fand doch noch einen Punkt, wo die ständischen

<sup>1</sup> „So soll er sich zuvoehr bey unserm, an einem und den andern orth. da solche Wahren im Land verkauft werden, bestellten under Zolleinnehmer anmelden, unnd durch dieselben entweder auff dem gefertigten Poletzettl, was unnd wie viel von solchen hievon verzollten Wahren im Land verkaufft werden mit eigener hand unterschrift verzeichnen lassen. Oder aber da an einem und dem andern orth keine bestellte Zolleinnehmer wehren, inne darüber in andere Weege ordentliche gerichtliche Kundschaftten, an den orthen da die Wahren verkaufft worden fertigen lassen“. — Nur wenn diese Beglaubigung vorlag, sollte der Zoll herausgezahlt werden.

Interessen nicht genügend gewahrt schienen und erst nach dessen befriedigender Erledigung erfolgte am 27. November 1613 die Publication.<sup>1</sup>

Immerhin war nun in der Zollpolitik ein Ruhepunkt eingetreten, allerdings weniger deswegen, weil jetzt jedermann zufrieden war, als weil immer mehr und mehr die religiösen Streitigkeiten sich in den Vordergrund schoben. Aus ihnen heraus sollten sich Aenderungen ergeben, die auch auf die Zollpolitik zurückwirken und dem kurzen Traum, dass Fürsten und Stände die gesammte Finanzhoheit auf sich übertragen sehen würden, ein jähes Ende bereiten sollte.<sup>2</sup>

## VII.

Eine Zeit lang schien es noch, als sollten die kühnsten Hoffnungen der Stände in Erfüllung gehen. Die Habsburger waren gestürzt, ihr Nachfolger in Prag musste um die Gunst derer buhlen, denen er seine Krone verdankte. Welche Hoffnungen damals in den Kreisen der Fürsten und Stände genährt wurden, lehrt ein Blick in ihr Memoriale vom 1. October 1619.<sup>3</sup> Da wollen sie, dass alle Einnahmen und Ausgaben der Kammer „ihren Respect auf die Stände haben sollen“, in ihrem Interesse sollten alle „Zölle, Bier- und Ausfuhrgrroschen“ verwandt werden. Die Schlacht am Weissen Berge machte den kühnen Hoffnungen ein jähes Ende. Sie war kaum geschlagen, als man in der Wiener Hofkammer schon Pläne zu einer gründlichen Reformation der schlesischen Verfassung schmiedete. Zu den geplanten Veränderungen gehörte auch äusserste Anspannung des Zollregals

---

<sup>1</sup> Die münzberechtigten Stände wünschten in ihrem Interesse Aufhebung des Patents, das nur in die kaiserliche Münze den Verkauf von Brandt- Bruchsilber und Pagament gestattete. Stadtarchiv 186 fol. 219.

<sup>2</sup> Ueber die Zollreform, die Kaiser Matthias für die österreichischen Erblande im Jahre 1616 (10. October) einführte, siehe Falke: Geschichte des Zollwesens in Deutschland, S. 245. Sie zeigt ganz ähnliche Züge, wie das schlesische Zollwesen unter seiner Herrschaft.

<sup>3</sup> Acta publica, herausgegeben von Palm, II 295.



zur Steigerung der Einnahmen.<sup>1</sup> In dem neuen Kammerpräsidenten Grafen Hannibal v. Dohna fanden die absolutistischen Tendenzen ihren Vertreter.<sup>2</sup> Für die Zollpolitik fanden sie ihren Ausdruck in dem Zollmandat Kaiser Ferdinand II. vom 3. Mai 1623.<sup>3</sup> In dem ist keine Rede mehr von irgend welcher vorher erstrebter und erzielter Vereinbarung mit den Ständen. Der Kaiser sei für sich allein „aus vollkommener Kayser- und Königlicher Gewalt genugsamb befuegt und berechtigt solchen Zoll aufzurichten und zu verordnen“. All' die einzelnen Punkte, auf deren Anerkennung die Stände so viel Fleiss und Ausdauer verwandt hatten, sind hier mit einem Federstrich beseitigt. Der Einfuhrzoll wird von Sammt- und Seidenwaaren wieder nach dem Werthe (1—2 Kreuzer vom Thaler) erhoben.<sup>4</sup> Auch der Wein wird ihm unterworfen. Da der steigende Wohlstand der Breslauer Weinhändler, und der Luxus, den gemeine Handwerker und Bauern in ihren Zechgelagen entfalteten, Abhülfe erheischten, wurde ein Zoll von 1 Kreuzer vom Thalerwerth von dem zum Verkauf bestimmten Wein und Brantwein erhoben. 1613 war ausdrücklich jede einmal bei der Einfuhr verzollte Waare für die Ausfuhr frei gegeben worden, nun wurde die Vergünstigung empfindlich eingeschränkt, denn „wenn sie von fremden Kauf- Handels und andern leuthen erkaufft, und wieder ausser Lande über die Granitz in andere fremder Potentaten Lande, wie auch in Unsere Khönigreiche Ungarn und Böhaimb, Ertzhertzogthumb Oesterreich, Marggraffthumb Mähren, Ober- und Nieder Lausitz verführt“ werde, so solle „der Zoll nicht minder als bei der Einfuhr beschehen“ verzollt werden.

Diejenigen Waaren, von denen nur bei der Ausfuhr Zoll erhoben wird, sind in grofse Gruppen zusammengefasst, von denen die eine vom Thaler 1 Kreuzer, die andere 6 Heller Zoll zahlt. Zur ersten gehören Parchent, halbleinene Stoffe, Zwillich, Drillich,

<sup>1</sup> Denkschrift vom Anfang 1621 (vor dem Dresdner Accord). *Acta Publica* V. 22, herausgegeben v. Krebs.

<sup>2</sup> Sein Vorgänger Nicolaus v. Burghaus war den Ständen freundlich gesinnt gewesen. Grünhagen: *Geschichte Schlesiens*. II. 151. — Ueber Dohna siehe Palm in der *Allgemeinen Deutschen Biographie*. V. 309.

<sup>3</sup> Gedruckt im Stadtarchiv.

<sup>4</sup> Die Namen der Seidenstoffe sind in jedem Zollmandat zahlreicher und phantastischer; hier z. B. Filarell, Filatritz, Procotell, Grafyran, Tertze-  
roll, Kartelch, Ormasin.

Flachs, Hanf, Garn, Gemeines Rauchwerk, Krämerei, Gewürz, Victualien, Landtücher, andere billige Tücher, Leder, Eisenwaaren, Stahl, Zinn, Blei; zur andern Gruppe Meth, Bier, Weinessig, Baum- und Leinöl, Thran, Honig, Wachs, Fische, Häute, Federn, Papier, Glas, Alaun, Getreide, Hopfen, Holz- und Steinwerk, Kalk, alles Vieh, Pferde.<sup>1</sup> Die Verkaufssteuer auf Röthe wird von 2 auf 3 Kreuzer erhöht. Von der allgemeinen Steuerbemessung nach dem Werth sah man in diesem einen Falle mit Rücksicht auf das alte Herkommen<sup>2</sup> ab. Die fremden Kaufleute einer höheren Belastung mit Zöllen zu unterwerfen, als die einheimischen und ansässigen trug der Kaiser kein Bedenken. Schon jene Bestimmung, dass die bei der Einfuhr verzollten Waaren auch noch den Ausfuhrzoll tragen sollten, im Falle, dass sie nicht im Inlande consumirt würden, setzt ihre Verführung durch fremde Kaufleute voraus. Aber auch jene Waaren, für welche nur bei der Ausfuhr „mehr nicht denn ein einziger Kreuzer vom Thalerwerth Zoll zu erlegen“ war, waren dem doppelten Zoll unterworfen, wenn ein Ausländer, dem dreifachen, wenn ein Jude sie exportirte. Für die erstern war das damit motivirt, dass sie von allen Landeslasten befreit seien, für die andern damit, dass sie „allen Handelsleuthen und Christen Abbruch“ thäten, und es wünschenswerth sei, einen Unterschied zwischen Christen und Juden festzusetzen. Die herrschende Richtung neigte überhaupt zu Mafsregeln gegen das Judenthum.<sup>3</sup>

Uebrigens waren die Fürsten und Stände mit der Belastung der Fremden, gegen die als einem Ausfluss engherzigen Monopolistengeistes sie sich früher so lebhaft gesträubt hatten, nun selbst schon vorgegangen. Ein Ober-Amtliches Patent vom 30. Juni 1621<sup>4</sup> hatte zur Bezahlung der abgedankten Soldatesca eine hohe Vermögenssteuer für Juden (für die solche besondere

---

<sup>1</sup> Aufgehoben ist die Gewährung von „Freiochsen“. Die Ausfuhr von Pulver und Salpeter bleibt verboten, die von Silber und Pölgament scheint gestattet gewesen zu sein.

<sup>2</sup> Die Fürsten und Stände erhoben damals vom Verkauf der Röthe eine Steuer von  $\frac{1}{12}$  des Werthes. Acta Publica ed. Krebs V. 175. 212.

<sup>3</sup> Rch. Berndt: Geschichte der Juden in Groß-Glogau. 1873.

<sup>4</sup> Gedruckt im Staatsarchiv.



Steuern schon früher vorkommen) und ausländische Factoren eingeführt.

Die 1613 zugestandenen Zollermäßigungen nach Oesterreich und Ungarn fallen weg und noch mehr, auch Böhmen und seine Nebenlande werden für die Verzollung als Ausland bezeichnet.

Auch einige andere Vergünstigungen, die 1613 zugestanden worden waren, sind weggefallen. Dazn gehört die Rückerstattung des Ausfuhrzolls für im Inlande verkaufte Waaren. Auch die Bestimmung über die Behandlung der von einheimischen Händlern nach fremden Jahrmärkten gebrachten Waaren ist weggefallen.

Dieses Zollmandat ist später, am 18. Februar 1638, neu revidirt von neuem publicirt worden. Zu den Aenderungen gehören: der Ersatz des Werthzolls in vielen Punkten durch den beliebteren Stückzoll, eine andere Regelung des Ausfuhrzoll für solche Waaren, die bei der Einfuhr schon zollpflichtig sind,<sup>1</sup> eine große Vermehrung der Zahl dieser, zum Theil aus der Reihe der nothwendigsten Bedürfnisse, wie Salz, Farbstoffe, Hüte, grobes Tuch, endlich die Einrichtung eines besonderen Durchfuhrzolls.<sup>2</sup>

Aber die Hauptsache ist seit 1623 geblieben. Die Breslauer und die anderen schlesischen Kaufleute hatten durchgesetzt, dass im Sinne der heiss umstrittenen Zollprivilegien der Ausfuhrhandel aus Schlesien, dadurch, dass ihre ausländischen Concurrenten mit höheren Zöllen belastet wurden, zu ihrem Monopol gemacht wurde. Die Abneigung der siegreichen Habsburger gegen das ständische Wesen in ihren Erbländen war den Kaufleuten, die in den schlesischen Fürsten und Stände die Gegner ihrer wirthschaftlichen Interessen sahen, zu gute gekommen.

Der andere Punkt, der das ganze 17. Jahrhundert hindurch in Kraft geblieben ist, betrifft die wirthschaftliche Isolirung der einzelnen Erblände, deren jedes für sich und durch Zollschranken eingeeengt, die anderen als Ausland betrachtet.

---

<sup>1</sup> Der einheimische Kaufmann ist nach wie vor vom Zoll befreit, der fremde, d. h. nicht schlesische, zahlt vom Thalerwerth 1 Kreuzer, der Jude 2 Kreuzer.

<sup>2</sup> Das Zollmandat ist vollständig gedruckt in Arnold, Fortsetzung der Brachvogel'schen Edictensammlung I, ein Auszug in Marperger: Schlesischer Kaufmann.

Es erübrigt noch einen Blick zu werfen auf die Verwaltung des Zollwesens in dieser Zeit. Eine Aenderung erfuhr sie insofern, als die Controlle der Zollbeamten, wie auch ihre Bestellung, welche bis jetzt von der Kammer selbst wahrgenommen worden war, auf einen ihr untergeordneten Oberzollamtmanu übertragen wurde. Wann diese Einrichtung getroffen wurde, ist nicht festzustellen. Der Oberzollamtmanu ist dieselbe Person mit dem frühern Obersten Einnehmer der Zollgefälle, der mit der Erweiterung seiner Amtsbefugnisse auch einen andern Titel annahm. Das beweist ein Gutachten der Buchhalterei vom 3. Juli 1620.<sup>1</sup> Es ist die Kritik einer neuen Instruction für die Zollbereiter. Da heisst es: „Wir haben die vom Oberzollambtmann H. H. Antonio Zorzy<sup>2</sup> verfasste undt der Kammer zu verstehen unndt verbessern gegebene Instruction Rottel auff die Zoll- und Strafsenbereuter in Schlesien . . . . . überlesen, unnd etwas geändert, weil vor diesem bei des Herrn Eckher Verwaltung, welcher zu Oppeln gewohnt, vermelte Strafsenbereiter ihre Notturft an die Kammer gelangen lassen, von da aus ihm dem Oberzoll Ambtmann um seinen Bericht hat nach Oppeln geschickt werden müssen. Da es denn nit allein langsam zuegangen, sondern es ist auch die Kammer damit sehr beschwert, und in andern ihren Verrichtungen hiedurch gehindert worden, dass man desto ehender (weil ohne diess die Strafsenbereuter an den Herrn Oberzollambtmann nach der Kammer mit ihrem Respect gewiesen) aus der Sache kommen und die Interessirenden nit so lang aufgehalten werden dürfen“.

Jener hier erwähnte Wenzel Eckher war seiner Zeit vom Posten eines Hofkammerdieners weg zum Obersten Einnehmer der Zollgefälle in Schlesien ernannt worden.

---

<sup>1</sup> Staatsarchiv F Brs. I 12 f.

<sup>2</sup> Er selbst schrieb sich Zorzi.





## Verzeichniss der benutzten Bücher.

- Jac. Schickfus: New vermehrte Schlesische Chronica und Landesbeschreibung. Jehna 1625.
- Fr. Lucae: Schlesiens curiose Denkwürdigkeiten. Frankfurt a. M. 1689.
- C. Grünhagen: Geschichte Schlesiens. Gotha 1884.
- C. A. Menzel: Geschichte Schlesiens. Breslau o. J.
- H. Wuttke: Die Entwicklung der öffentlichen Verhältnisse Schlesiens. Leipzig 1842.
- Codex diplomaticus Silesiae. XI. Breslauer Stadtbuch von Markgraf u. Frenzel. Breslau 1872.
- XIII. Schlesiens Münzgeschichte im Mittelalter von F. Friedensburg. Breslau 1888.
- Acta Publica, Verhandlungen und Correspondenzen der schlesischen Stände, herausgegeben von Palm und Krebs. Breslau 1865–85.
- Tzschoppe u. Stenzel: Urkundensammlung zur Geschichte der Städte in Schlesien. Hamburg 1834.
- C. A. Menzel: Ueber die schlesische Ständeversammlung. Schles. Prov. Blätter B. 165. 1817.
- Sinapius: Schlesische Curiositäten. 1720, 1728.
- Cunradi Silesia togata. Liegnitz 1706.
- Conrad's Jahrbücher. N. F. IX: Fechner, Zustand des schlesischen Handels vor der Besitzergreifung durch Friedrich d. Gr. 1884.
- X: Schönborn, Wirthschaftspolitik Oesterreichs in Schlesien im 17. und 18. Jahrhundert. 1885.
- Thomas: Handbuch der Litteraturgeschichte von Schlesien. Hirschberg 1824.
- H. G. Kries: Historische Entwicklung der Steuerverfassung in Schlesien. 1842.
- Steinbeck: Geschichte des schlesischen Bergbaus. Breslau 1857.
- v. Friedenberg: Tractatus de . . . Silesiae juriibus. Breslau 1738.
- (Arnold): Sammlung der wichtigsten . . . Privilegien des Landes Schlesien. Krossen u. Sorau 1736–37.
- A. Zimmermann: Blüthe und Verfall des Leinengewerbes in Schlesien. 1885.
- Zeitschrift für Geschichte und Alterthum Schlesiens. Breslau.
- Bd. XI: Kürschner, Einrichtung der Königlichen Kammer in Schlesien.
- Bd. XV: B. v. Prittwitz, Schlesiens Kammerwirthschaft.
- (Klose): Von Breslau. 1781–83.
- Nicolaus Pol: Jahrbücher der Stadt Breslau. 1813–24.
- G. Korn: Breslauer Urkundenbuch I. Breslau 1870.
- Fr. Schmidt: Geschichte der Stadt Schweidnitz. 1846–48.



**Minsberg:** Geschichte der Stadt Groß-Glogau. 1853.

**v. Bucholtz:** Geschichte der Regierung Ferdinands des Ersten. Wien 1831—38.

**Oberleitner:** Oesterreich's Finanz- und Kriegswesen unter Ferdinand I.

**Palacky:** Geschichte von Böhmen. Bd. 5. Prag 1868.

**Die böhmischen Landtagsverhandlungen und Landtagsschlüsse.** Prag 1877 bis 80.

**Gindely:** Geschichte der böhmischen Finanzen 1527—1648. Wien 1868.

**Siegmund Adler:** Organisation der Centralverwaltung unter Kaiser Maximilian. Leipzig 1886.

**H. Stenzel:** Geschichte des preussischen Staats. 1830—54.

**J. Falke:** Geschichte des deutschen Zollwesens. Leipz. 1869.

— Geschichte des deutschen Handels. Leipzig 1859—60.

**Marperger:** Der schlesische Kaufmann. 1714.

Die benützten Archivalien finden sich sämmtlich theils im Königl. Staatsarchiv in Breslau, theils im städtischen Archiv ebenda. Beide sind stets kurz mit „Staatsarchiv“ oder „Stadtarchiv“ bezeichnet.

## Thesen.

---

### I.

Die Ansicht, dass die Vehmgerichte aus geistlichen Gerichten hervorgegangen seien, ist irrig.

### II.

Das den Askaniern 1180 verliehene Herzogthum Sachsen erstreckt sich auch auf die Bisthümer Minden und Osnabrück.

### III.

Dem Reichstag zu Speier 1526 kommt keine epochemachende Bedeutung zu.

---



## Vita.

---

Natus sum Arthurus Eugenius Ludovicus Kern Silesius in vico pagi Nimptsiensis cui nomen est Quanzendorf die trigesimo mensis Maii anni h. s. LXII. patre Eugenio matre Maria e gente Berger quos vivos magnopere veneror. Fidei addictus sum evangelicae.

A vere anni h. s. LXXIII. per septem annos gymnasium reale S. Spiritus Wratislaviense frequentavi.

Testimonium maturitatis vere anni h. s. LXXXV. mihi gymnasium ad St. Mariam Magdalenam Wratislaviense concessit. Interea ordini philosophorum Universitatis Wratislaviensis adscriptus fueram. Testimonio maturitatis impetrato primum per unum semestre Wratislaviae deinde per novem semestria Berolinum per duo semestria iterum Wratislaviae studiis historicis et rerum politicarum operam dedi. Praeceptores mihi fuerunt viri doctissimi Bresslau Dambach Delbrueck Dilthey Gierke Hirschfeld Hoeniger Huebler Koser Partsch Paulsen Robert Schaefer Scherer† Schmoller Sombart de Treitschke Wagner Wattenbach Weinhold Weizsaeckert Zeller.

Ad exercitationes me benigne admiserunt Delbrueck Hoeniger Koser Schmoller Sombart quibus viris omnibus bene de me meritis imprimis viro celeberrimo G. Schmoller gratias ago quam maximas.

---

Druck von F. W. Schapke, Berlin N.O., Greifswalderstr. 48.

II 72a







206\$07964463